

LEHRPLAN

POLITIK UND WIRTSCHAFT

Gymnasialer Bildungsgang

Jahrgangsstufen 7G bis 9G und gymnasiale Oberstufe

HESSEN



Hessisches Kultusministerium
2010

Inhaltsverzeichnis		Seite
Teil A	Grundlegung für das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft in den Jahrgangsstufen 7G bis 9G und in der gymnasialen Oberstufe	
1	Aufgaben und Ziele des Faches	3
2	Didaktisch-methodische Grundlagen	4
3	Umgang mit dem Lehrplan	5
Teil B	Unterrichtspraktischer Teil	6
	Der Unterricht in der Sekundarstufe I	6
1	Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Jahrgangsstufen 7G bis 9G Übersicht der verbindlichen Themen	6 7
1.1	Die Jahrgangsstufe 7G	8
1.2	Die Jahrgangsstufe 8G	14
1.3	Die Jahrgangsstufe 9G	20
2	Anschlussprofil von Jahrgangsstufe 9G in die gymnasiale Oberstufe	29
	Der Unterricht in der Sekundarstufe II	30
3	Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Einführungsphase und der Qualifikationsphase	30
3.1	Die Einführungsphase (E1 und E2)	32
3.1.1	E1	32
3.1.2	E2	34
3.2	Die Qualifikationsphase (Q1 bis Q4)	36
3.2.1	Q1	36
3.2.2	Q2	39
3.2.3	Q3	41
3.2.4	Q4	43
4	Abschlussprofil am Ende der Qualifikationsphase	45

Teil A

Grundlegung für das Unterrichtsfach Politik und Wirtschaft in den Jahrgangsstufen 7G bis 9G und in der gymnasialen Oberstufe

1 Aufgaben und Ziele des Faches

Demokratie braucht mündige, informierte und sozial handelnde Bürgerinnen und Bürger. Aufgabe des Faches Politik und Wirtschaft ist es, die Kenntnisse und Einsichten zu vermitteln, die zum Verständnis politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sachverhalte erforderlich sind und die Grundlage eines politischen Urteils bilden sollen. Ziel ist eine verantwortliche Mitwirkung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft vorzubereiten.

Die moderne Gesellschaft ist geprägt durch sozialen, ökonomischen und politischen Wandel, der Innovation, Offenheit, Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft sowie soziale Verantwortung verlangt. Normative Leitbilder sind kontrovers und durch Interessen beeinflusst. Das muss auch im Unterricht in Politik und Wirtschaft deutlich werden; gleichzeitig hat sich der Unterricht an der normativen Wertordnung des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung zu orientieren und inhaltliche Orientierung zu vermitteln.

Das Fach Politik und Wirtschaft nimmt gegenwärtige und in die Zukunft weisende Fragen und Herausforderungen auf, die vor allem auf die

- Sicherung und Gestaltung natürlicher Lebensgrundlagen,
- Sicherung und Entwicklung der materiellen Lebensgrundlagen und die Zukunft der Arbeit,
- Gestaltung des sozioökonomischen und technologischen Wandels,
- Sicherung und Ausbau der Partizipation und der Menschenrechte,
- Sicherung des Friedens

zielen. Politik und Wirtschaft klärt die Gegebenheiten, Entwicklungstendenzen und -potenziale, Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten.

Um Sachverhalte und offene Fragen rational untersuchen, verstehen und bewerten sowie kontroverse Einschätzungen nachvollziehen und einschätzen zu können, vermittelt der Unterricht in Politik und Wirtschaft das notwendige Orientierungswissen aus der politischen Wissenschaft, der Soziologie, dem Recht und der Ökonomie zu den inhaltlichen Kernbereichen:

- Individuum und Gesellschaft,
- Demokratie, Partizipation und Menschenrechte,
- Recht,
- Medien, Informationsverarbeitung,
- Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung,
- Ökonomie und Arbeitswelt.

Ergebnisse, die in den Wissenschaften offen diskutiert werden, müssen auch - soweit sie für das Fach Politik und Wirtschaft bedeutsam sind - im Unterricht offen angelegt sein.

Politik und Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zur politischen Bildung. Die inhaltlichen Schwerpunkte der politischen Bildung liegen insbesondere in den Kernbereichen „Individuum und Gesellschaft“, „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“, „Recht“, „Medien und Informationsverarbeitung“ sowie „Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung“. Politische Bildung steht in einem engen Zusammenhang mit dem politischen Geschehen und der gesellschaftlich-politischen Entwicklung. Sie beschäftigt sich mit den gegenwärtigen und den für die zukünftige Entwicklung bedeutsamen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Problemen. Positionen, die in der öffentlichen Diskussion kontrovers sind, müssen - soweit sie für das Fach bedeutsam sind - auch im Unterricht kontrovers angelegt werden. Unabhängig davon muss politische Bildung im Fach Politik und Wirtschaft wertbezogen sein. Der Unterricht gibt den Schülerinnen und Schülern normative Orientierung, indem er die Menschenrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als Voraussetzung und Maßstab demokratischen Handelns begreift. Die Schülerinnen und Schüler sollen verstehen und einsehen lernen, dass im politischen Prozess über die Prioritäten von Entscheidungen ein öffentlicher Diskurs stattfindet, Willensbildung und Entscheidungsfindung notwendig Kompromisse einschließen und diese sich an den Vorgaben des Grundgesetzes und der Hessischen Verfassung orientieren müssen.

Das Fach ist Leitfach der ökonomischen Bildung. Strukturelle Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik sind ohne ökonomische Grundkenntnisse nicht zu erfassen. Die Bewältigung der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die aktive Teilnahme an der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung und die Gestaltung privater und beruflicher Lebenssituationen setzt ökonomische Bildung unabdingbar voraus. Wirtschaftliche Grundkenntnisse werden in einer demokratischen Gesellschaft benötigt,

- um wirtschaftliche und politische Vorgänge selbstständig durchschauen und eigene Interessen erkennen und vertreten zu können,
- um die Herausforderungen in der Rolle als Konsument, Arbeitnehmer, Unternehmer, Sparer, Versicherter, Steuerzahler und Wähler erfolgreich bewältigen zu können,
- um die Programme der verschiedenen Parteien beurteilen und sein Wahlrecht verantwortungsvoll ausüben zu können.

Ökonomische Bildung vermittelt Orientierung für den weiteren Bildungsgang und die Berufs- und Studienentscheidung. Im Verlauf des gymnasialen Bildungsganges ist deshalb ein Betriebspraktikum verpflichtend. Simulationen und Planspiele sowie Schülerfirmen stellen dabei wichtige handlungsorientierte Möglichkeiten dar, betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse zu erwerben. Ökonomische Bildung soll die Schülerinnen und Schüler in die Lage versetzen, sich den Herausforderungen des technischen und ökonomischen Strukturwandels aktiv zu stellen. Sie muss dieser Dynamik Rechnung tragen, die Grundlagen für eine sachliche Beurteilung vermitteln und gleichzeitig den Zusammenhang zu den Schwerpunkten der politischen Bildung beachten.

2 Didaktisch-methodische Grundlagen

Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlich-politischen und wirtschaftlichen Fragen der Gegenwart und Zukunft erfordert ein Unterrichtskonzept, das die Erfahrungen der Lernenden aufgreift und die notwendigen inhaltlichen Kenntnisse vermittelt.

Folgende didaktisch-methodische Kategorien strukturieren den Unterricht in Politik und Wirtschaft:

➤ Schüler- und Handlungsorientierung sowie Wissenschafts- und Fachorientierung

Der Unterricht knüpft an vorhandene Kenntnisse, Fähigkeiten, Einstellungen und Orientierungen an, nutzt diese und erweitert die Kompetenzen. Sie sollen zu verantwortlichem, sozialem Handeln befähigen und den Lernenden Möglichkeiten und Grenzen bewusst machen, eigenständig und in Kooperation mit anderen zu handeln und auf öffentliche Vorgänge einzuwirken.

Wissenschafts- und Fachorientierung zielt auf die Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Methoden als Orientierungswissen, um gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Sachverhalte, Probleme und Entwicklungen rational untersuchen, verstehen und einschätzen zu können. Sie strebt eine mehrdimensionale Betrachtung von Problemen und Lösungsmöglichkeiten an.

➤ Aktualität und Struktur

Anhand aktueller Fragen und Auseinandersetzungen sollen deren grundsätzlichen Strukturen verdeutlicht werden. So wird Orientierungswissen und die Fähigkeit zum Transfer auf neue Fragen und Auseinandersetzungen vermittelt.

➤ Kontroverse und Konsens

Sachverhalte, Fragen und Lösungsvorschläge, die in der öffentlichen Debatte kontrovers diskutiert werden, werden mit den unterschiedlichen Positionen in den Unterricht eingebracht. Gleichzeitig wird der für die politische Entscheidungsfindung notwendige Prozess der Konsensbildung deutlich gemacht.

➤ Offenheit und Werteorientierung

vermittelt die Bedeutung individueller Freiheitsrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als Maßstab politischen Handelns. Die Menschenrechte können ihrem Wesen nach nicht indoktrinierend oder moralisierend vermittelt werden. Das Fach Politik und Wirtschaft muss vielmehr bei der Behandlung ihrer Problemstellungen von der Sache her überzeugend darlegen, warum die Menschenrechte und der demokratische Rechts- und Sozialstaat als unverzichtbare historische Errungenschaften gesehen werden, die das Individuum schützen, den sozialen Ausgleich und den demokratischen Staat sichern.

➤ Methodenorientierung

Das Methodenlernen ist durchgängiges Prinzip des Unterrichts und soll die Schülerinnen und Schüler zunehmend in die selbstständige Auseinandersetzung und Erarbeitung einführen.

Es geht um

- methoden- und handlungsorientierte Unterrichtsverfahren,
- die Entwicklung von Interaktions- und Kommunikationsformen, die reflektiertes soziales und kooperatives Lernen mit den Elementen Selbst- und Fremdwahrnehmung sowie Konfliktwahrnehmung und -lösung ermöglichen,
- schülerbezogene Arbeitstechniken, Präsentations- und Moderationsmethoden sowie Visualisierungsformen.

Aktualität und Struktur, Kontroverse und Konsens, Offenheit und Wertbezug sowie die Methodenorientierung müssen gleichermaßen beachtet werden.

Im Sinne der Zielsetzung des Faches stehen unabhängig von der jeweils notwendigen Schwerpunktsetzung die Bereiche „Politische Bildung“ und „Ökonomische Bildung“ in einem didaktischen und inhaltlichen Zusammenhang.

Folgende Fragen sollen die Bearbeitung leiten:

- Welche Sachverhalte gilt es zu vermitteln?
- Welche aktuellen Ereignisse lassen sich dem Inhaltsbereich zuordnen?
- Welche Probleme und Herausforderungen sind erkennbar?
- Welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab?
- Welche Erfahrungen haben die Schülerinnen und Schüler hinsichtlich der angesprochenen Inhalte und Fragen?
- Welche Methoden, Arbeitsweisen und Präsentationstechniken gilt es zu vermitteln?
- Welche Handlungs- und Gestaltungsspielräume eröffnen sich?
- Welche Lösungswege werden diskutiert und welche Konsequenzen sind damit jeweils verbunden?
- Welche Einstellungen und Werthaltungen sind notwendig, um die gesellschaftlichen und persönlichen Herausforderungen zu bewältigen?

3 Umgang mit dem Lehrplan

Der Lehrplan gibt Inhalte vor, die jedoch noch keine thematische Konkretisierung bedeuten. Vielmehr geht es darum, dass die jeweilige Schule und die jeweiligen Lehrkräfte diese, um den Zielen des Faches gerecht zu werden, für den Unterricht durch die didaktisch-methodischen Vorgaben strukturieren und in thematischen Unterrichtseinheiten konkretisieren. Im Sinne der Zielsetzung des Faches soll hierbei auch der Zusammenhang zwischen den Bereichen „Politische Bildung“ und „Ökonomische Bildung“ deutlich werden. Der Lehrplan lässt damit Gestaltungsspielräume sowohl für die pädagogische Kreativität der Lehrenden und die Mitsprachemöglichkeit der Lernenden als auch für die planerische Arbeit der Fachkonferenzen.

Verpflichtend zu unterrichten sind nur die verbindlichen Unterrichtsinhalte, die allein zum Erreichen des Anschlussprofils notwendig sind. Die genannten fakultativen Inhalte verstehen sich als Vorschläge zur Ergänzung und Erweiterung der verbindlichen Inhalte.

Verbindlich sind die Inhaltsbereiche, deren Zuordnung zu den Jahrgangsstufen und die entsprechend gekennzeichneten Unterrichtsinhalte. Die Stichpunkte geben den inhaltlichen Rahmen der Erarbeitung an, innerhalb dessen Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Eine unterschiedliche Gewichtung ist dabei möglich.

Die den einzelnen Inhaltsbereichen zugeordneten didaktisch-methodischen Hinweise nehmen die allgemeinen didaktisch-methodischen Grundsätze des Faches auf und konkretisieren sie hinsichtlich der Inhalte.

Den einzelnen Inhaltsbereichen werden die zu vermittelnden Methoden und Arbeitsweisen zugeordnet. Dies gilt insbesondere auch für den Umgang mit den neuen Informationstechnologien. Hierbei geht es nicht um die systematische Einführung, sondern um die Anwendung und das Üben und Festigen von Fertigkeiten aus dem Bereich der IKG in der Bearbeitung der Ziele und Inhalte des Faches Politik und Wirtschaft.

Teil B**Unterrichtspraktischer Teil****Der Unterricht in der Sekundarstufe I****1 Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte in den Jahrgangsstufen 7G bis 9G**

Für die Jahrgangsstufen 7G bis 9G ist das Orientierungswissen so angeordnet, dass zunächst der unmittelbare Erfahrungsbereich der Schülerinnen und Schüler stärker aufgenommen und mit den Jahrgangsstufen zunehmend erweitert wird. Dies gilt im Sinne einer kontinuierlichen Auseinandersetzung und Vermittlung vor allem für den Bereich „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“ und für den Bereich der Ökonomischen Bildung. Darüber hinaus lassen sich innerhalb der Jahrgangsstufen zwischen den einzelnen Inhaltsbereichen sinnvolle Verbindungen herstellen. Hierbei soll vor allem auch der Zusammenhang zwischen den Bereichen der Politik und der Ökonomie verdeutlicht werden.

Die folgende Darstellung gibt einen Überblick über die Inhaltsbereiche. Die Angaben zeigen die verbindlichen inhaltlichen Schwerpunkte der Jahrgangsstufen, die in Klammern gesetzten Angaben machen deutlich, inwieweit damit auch Inhalte aus den anderen Bereichen angesprochen sind bzw. durch fakultative Inhalte vertieft werden können.

	7G	8G	9G
Individuum und Gesellschaft	Jugend in der modernen Gesellschaft	(Jugendkriminalität)	
Demokratie, Partizipation und Menschenrechte	Demokratie und politische Beteiligung im unmittelbaren Lebensbereich	Sozialstaat, Wahlen, Parteien und politischer Entscheidungsprozess	Grundwerte der Verfassung
Recht		Rechtswesen, Jugend und Recht, Grundrechte	
Internationale Beziehungen			Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung
Medien	Medien und Freizeit		Medien: Pressefreiheit und Markt
Ökonomie	Wirtschaften im privaten Haushalt	Markt	Ökonomie und Arbeitswelt, Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Sozialstaat und Ökonomie

Übersicht der verbindlichen Themen

Lfd. Nr.	Verbindliche Unterrichtsthemen	Stundenansatz
7G.1	Jugend in der modernen Gesellschaft	14
7G.2	Demokratie und politische Beteiligung	14
7G.3	Ökonomische Bildung: Wirtschaften im privaten Haushalt	16
7G.4	Medien und Freizeit	8
8G.1	Jugend und Recht, Rechtswesen,	14
8G.2	Ökonomische Bildung: Markt	13
8G.3	Sozialstaat	10
8G.4	Parteien, Wahlen und politischer Entscheidungsprozess	18
9G.1	Ökonomische Bildung: Ökonomie und Arbeitswelt	26
9G.2	Sozialstaat und Ökonomie	10
9G.3	Medien: Pressefreiheit und Markt	6
9G.4	Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung	14
9G.5	Ökonomische Bildung: Internationale Wirtschaftsbeziehungen	12
9G.6	Grundwerte der Verfassung	6

1.1 Jahrgangsstufe 7G

7G.1

Jugend in der modernen Gesellschaft

Std.: 14

Begründung:

Der Unterricht zielt auf die Entwicklung von Ich-Identität, Werteorientierung sowie die Fähigkeiten zur sozialen Interaktion und vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Individuum und Gesellschaft“. Die Schülerinnen und Schüler können die Bedeutung von Familie und sozialen Gruppen für die eigene Entwicklung erkennen und Möglichkeiten entwickeln, soziale Erwartungen und eigene Bedürfnisse in Einklang zu bringen. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Gewaltprävention und zum sozialen Lernen geleistet. Indem soziale Beziehungen bewusst gemacht werden, wird eine wichtige Grundlage gelegt, auf die auch in weitergehenden und zukünftigen Zusammenhängen Bezug genommen werden kann und die entsprechend situativ im schulischen Bereich weiterentwickelt werden müssen.

Politik und Wirtschaft in der Jahrgangsstufe 7G verknüpft erfahrungsnahe Themen mit Einsichten in die Strukturen und Formen des Zusammenlebens unserer Gesellschaft. Dadurch bietet der Unterricht einerseits die Möglichkeit, den Jugendlichen unmittelbar Orientierung für ihre Lebenssituation zu geben, verlangt andererseits aber auch ein besonderes Maß an Sensibilität und Schutz des Einzelnen. Die Thematisierung persönlicher Zusammenhänge und Schwierigkeiten der Schülerinnen und Schüler und deren Familien ist deshalb nicht zulässig. Der Schutz der Familie im Grundgesetz sichert die Pluralität der Lebensformen und Erziehungsstile gegenüber primär staatlich vermittelter Erziehung und ist angesichts der Erfahrungen mit staatlicher Erziehung in Deutschland eine wesentliche Grundlage der demokratischen Gesellschaft. Die Schülerinnen und Schüler erfahren heute, wenn nicht unmittelbar, so doch durch Beobachtungen im Freundeskreis, dass neben die traditionelle Vater-Mutter-Kind-Familie neue Formen des Zusammenlebens getreten sind, die gleichwohl die Funktionen der Familie - Lebenserhaltung, Erziehung und Werteorientierung - übernehmen. Es ist Aufgabe der Politik, die Bedingungen so zu gestalten, dass diese Aufgaben wahrgenommen werden können.

Konflikt und Konsens erleben Jugendliche in ihren unterschiedlichen Rollen als Schüler, Kinder, Mitglied einer Peer-Group, in denen sie jeweils das angemessene Maß von Selbstbestimmung und Anpassung finden müssen, um einerseits eine eigene Identität zu entwickeln, Anerkennung in der eigenen sozialen Gruppe zu finden und andererseits andere Menschen und fremde Gruppen wahrzunehmen, sich mit ihnen auseinander zu setzen, sie zu achten und gegebenenfalls eigene Positionen gegen menschenverachtende Haltungen zu beziehen. Damit sind die Menschenrechte als Maxime des eigenen Handelns im konkreten Umgang miteinander und mit Fremden sowie der Umgang mit Aggression und Vorurteilen angesprochen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Kindheit und Familie**

Kindheit in der „Modernen Gesellschaft“,
Bedeutung der Familie

Konflikt und Konsens in der sozialen Gruppe und Menschenwürde

Gruppendruck und Selbstbestimmung, Umgang mit Minderheiten, Fremdenfeindlichkeit

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Kindheit und Familie**

(Schutz der Familie im GG), Familie im Wandel und in unterschiedlichen Kulturen, alternative Familienformen, Erziehungs- und Sozialisationsformen

Konflikt und Konsens in der sozialen Gruppe und Menschenwürde

Rollenerwartungen, Normen, Sanktionen, Umgang und Randgruppen, Subkulturen

Geschlechterrollen

Gleichberechtigung und Verschiedenheit der Geschlechter, Partnerschaft und Sexualität

Leben in Europa

Fremde bei uns, wir als Fremde, Fremdenfeindlichkeit, Jung sein in Europa

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Einführung in die gemeinsame Arbeitsplanung, in selbständiges Mitschreiben von Ergebnissen, in selbständiges Arbeiten mit dem Lehrbuch
- einfache Formen der Informationsbeschaffung
- Arbeit mit Erlebnisberichten, Bildbeschreibungen, Interviews, Texten
- einfache Formen der Präsentation: Erstellen von Wandzeitungen
- Einführung in die Gruppenarbeit, Rollenspiel, szenisches Handeln

Neue Medien:

- mit Texten arbeiten
- Texte formatieren
- Verwaltung von Dokumenten

Querverweise:

Die Würde der Person: Eth 7.2, Rka 7.1, Rev 7.1, D, Ku 7.1, G 7.4

Streitkultur: Eth 7.1, Rka 7.1, Rev 7.1, D

Familie und Freunde: D, F, E, Spa, L, Ku 7.2, Rka 7.1-2

Helfen – Dienen: Rka 7.1-4, Rev 7.1

Identität: D, Rka 7.1, Rev 7.1, Ku 7.2, Spo 7.2,

Riten und Mythen: E, Spa, L, D, Rka 7.1+4, Rev 7.4

Schrift und Text – Inhalt und Form
D,L

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Friedenserziehung

Kulturelle Praxis

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

7G.2

Demokratie und politische Beteiligung

Std.: 14

Begründung:

Die Schülerinnen und Schüler sollen die Aufgaben und Herausforderungen im kommunalen Bereich, die Möglichkeiten der Gestaltung und der politischen Beteiligung in ihrem Umfeld, die unterschiedlichen Interessen und Verfahren des Interessenausgleichs sowie die Verantwortung jedes Einzelnen für das Gemeinwesen erkennen. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“.

Ausgangspunkt der Auseinandersetzung mit Fragen der Partizipation im politischen Bereich ist der unmittelbare Erfahrungsbereich in der Schule. Möglichkeiten und Formen der Mitbestimmung, der Mitgestaltung und der Übernahme von Verantwortung erfahren die Schülerinnen und Schüler unmittelbar in der Lerngruppe und in der Schülervertretung. Der Unterricht unterstützt diesen Prozess, greift die Erfahrungen auf und verdeutlicht die weitergehenden Beteiligungsmöglichkeiten im Rahmen der Schule, insbesondere in der Schulkonferenz.

Die Beschäftigung mit der überschaubaren kommunalen Selbstverwaltung schließlich erlaubt den Schülerinnen und Schülern im Anschluss daran sowohl einen weitergehenden Einblick in demokratische Strukturen der Wahl und der Entscheidungsfindung als auch Erfahrungen hinsichtlich konkreter Möglichkeiten politischen Handelns. Dieses Thema sollte daher über die Vermittlung von Wissen über Institutionen hinaus aktuelle kommunalpolitische Themen, Probleme und kontroverse Interessen aufgreifen (z.B. Verkehrsplanung, Schulentwicklung), die in den Kommunen existierenden Foren für die Beteiligung von Jugendlichen (z.B. Kinder- und Jugendparlament) nutzen und eine „Politik zum Anfassen“ vermitteln. Die Behandlung der Länderebene kann die Erkenntnisse über den kommunalen Bereich aufnehmen und vergleichend die Unterschiede und jeweiligen Kompetenzen herausarbeiten.

Im Bereich des Umweltschutzes werden in einem den Jugendlichen zugänglichen Erfahrungsbereich die Probleme der Verkehrsplanung, der Wasserversorgung und der Abfallwirtschaft aufgenommen und die kommunalen Konzepte sowie eigene Handlungsmöglichkeiten im kommunalen Rahmen thematisiert (fakultativ).

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Schule gestalten**

Schulklasse als Gruppe, Möglichkeiten der Mitbestimmung und Gestaltung in schulischen Gremien, SV, Schulkonferenz

Politische Ordnung und Entscheidung im kommunalen Bereich und auf Länderebene

Wahlen, Parteien, Bürgerbeteiligung

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Politische Ordnung und Entscheidung im kommunalen Bereich und auf Länderebene**

Kommunale Selbstverwaltung: Aufgaben und Struktur; Einnahmen und Ausgaben der Kommune; Jugendparlament, Jugendforum; Länderhoheit, Funktionsweise politischer Institutionen auf Länderebene

Umweltschutz in der Gemeinde

Müllvermeidung, -trennung, Wassergewinnung und Kläranlagen, Umgang mit Wasserverbrauch, Verkehrsplanung, Lokale Agenda 21, Bürgerbeteiligung

Verkehr

Verkehrssicherheit, Straßenverkehrsordnung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler:

- Einführung in die gemeinsame Arbeitsplanung, in selbständiges Mitschreiben und Protokollführung, in selbständiges Arbeiten mit dem Lehrbuch
- einfache Formen der Informationsbeschaffung, der Datensammlung
- Arbeit mit Interviews, Texten, Schaubildern, politischen Stellungnahmen, einfachen Statistiken
- einfache Formen der Präsentation: Erstellen von Wandzeitungen, freies Reden, Vortrag
- Einführung in die Gruppenarbeit, Planspiel

Neue Medien:

- Erstellen einfacher Präsentationen

Querverweise:

Die Würde der Person: Eth 7.2, Rka

7.1, Rev 7.1, D, Ku 7.1, G 7.4

Ökologie: Bio 7.3-4, Ch 7.1-2

Gemeinschaft – Gemeinde: Rka 7.4,
Rev 7.2

Umwelt und Verkehr: Bio 7.4, Ch 7.2

Schrift und Text – Inhalt und Form

D,L

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Friedenserziehung

Ökologische Bildung und Umwelterziehung

Verkehrserziehung

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und
Medienerziehung

7G.3

**Ökonomische Bildung:
Wirtschaften im privaten Haushalt**

Std.: 16

Begründung:

Eine Hinführung zur ökonomischen Bildung stellt das Thema Wirtschaften im privaten Haushalt dar. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Bedingungen und Folgen sowie die Kriterien und Gründe der eigenen wirtschaftlichen Entscheidungen erkennen, analysieren, beurteilen und entscheiden sowie ihre Eigenverantwortung im Bereich der Haushaltsführung sehen. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Ökonomie und Arbeitswelt“.

Jugendliche sind Zielgruppe von Werbung in den Medien und ein ernst zu nehmender Faktor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Beeinflussung der Kaufentscheidung erkennen. Das Haushaltsbudget ihrer Familie ermöglicht Einsicht in den Zusammenhang von Einkommen und Konsum, Sparen und Verschuldung und verdeutlicht damit die Notwendigkeit zur Prioritätensetzung. Bei den Kaufentscheidungen der Jugendlichen und der Familie stellt sich die Frage nach der Umweltverträglichkeit als praktische Möglichkeit verantwortungsbewussten ökologischen Handelns.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Wirtschaften im privaten Haushalt**

Bedürfnisse, Werbung, Geld, Sparen, Kredit, Schulden, ökologisches Kauf- und Verbraucherverhalten

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Wirtschaften im privaten Haushalt**

Privathaushalt als Wirtschaftssubjekt, Einflussfaktoren auf das Konsumverhalten: Einkommen, Vermögen; Vermeidung von Umweltbelastungen, Ressourcenschonung als Wirtschafts- und Kostenfaktor; Verbraucherschutz

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Einführung in die selbständige Arbeitsplanung, in selbstständiges Protokollieren, in selbstständiges Arbeiten mit dem Lehrbuch
- einfache Formen der Informationsbeschaffung, der Datensammlung
- Arbeit mit Erlebnisberichten, Bildbeschreibungen, Interviews, Texten
- einfache Formen der Präsentation: Erstellen von Wandzeitungen, Folien, kurze Berichte, freies Reden, Vortrag
- Gruppenarbeit, Rollenspiel

Neue Medien:

- Erstellen einfacher graphischer Darstellungen, Statistiken, kurze Berichte

Querverweise:

Die Würde der Person: Eth 7.2, Rka 7.1, Rev 7.1, D, Ku 7.1, G 7.4
Geld und Tausch: G 7.3-4, M 7.1
Ökologie: Bio 7.3-4, Ch 7.1-2,
Schrift und Text – Inhalt und Form: D, L

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Ökologische Bildung und Umwelterziehung
 Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

7G.4

Medien und Freizeit

Std.: 8

Begründung:

Die Schülerinnen und Schüler sollen die Bedeutung der Medien für die eigene Lebensorientierung, -gestaltung und das eigene Verhalten erkennen. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Medien und Informationsverarbeitung“.

Das Thema Medien greift eigene Erfahrungen der Jugendlichen – vor allem mit Bildmedien – auf, macht ihnen die Vor- und Nachteile des Zugangs zu unterschiedlichen Medien (Printmedien, Rundfunk, Fernsehen, Internet) klar und reflektiert über den Stellenwert des medialen Einflusses auf Freizeitverhalten, Einstellungen und Idole von Jugendlichen.

Die Beschäftigung mit konkreten Projekten (z.B. Entstehen einer Tageszeitung, eigene Hör- und Videoproduktion, Untersuchung medialer Mittel wie Kameraeinstellung, Filmmusik, Funktion von Schlagzeilen und Bildern) kommt dem Interesse Jugendlicher entgegen zu entdecken, wie etwas gemacht ist, und fördert gleichzeitig die Distanz zu manipulativen Techniken.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Medien: Informationsbeschaffung und Unterhaltung Freizeit und Medien

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Medien: Informationsbeschaffung und Unterhaltung Aufbau einer Zeitung oder Entstehen einer Sendung, Analyse medialer Mittel, Präsentationstechniken und ihre Wirkung

Medien: Herstellung und Bearbeitung Schülerzeitung; Schulradio; Video

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Hinführung zur selbständigen Arbeitsplanung, zu selbständigem Protokollieren, zur freien Arbeit
- einfache Formen der Informationsbeschaffung, der Datensammlung
- selbständiges Arbeiten mit dem Lehrbuch
- Arbeit mit Erlebnisberichten, Texten, Berichten, Kommentaren, Organigrammen
- Präsentation: Erstellen kurzer Berichte, Kommentare, einer Zeitung, einer Sendung, eines Videos

Neue Medien:

- Zielgerichtete Gestaltung von Texten und Graphiken
- Einführung in den Gebrauch und die Nutzung von CD-ROMs

Querverweise:

Würde der Person: Eth 7.2, Rka 7.1, Rev 7.1, D, Ku 7.1, G 7.4
Schrift und Text – Inhalt und Form
 D, L

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

1.2 Jahrgangsstufe 8G

8G.1

Jugend und Recht, Rechtswesen

Std.: 14

Begründung:

Die Schülerinnen und Schüler sollen erkennen, dass die Rechtsordnung das friedliche Zusammenleben von Menschen regelt und garantiert, die Menschenrechte und den innergesellschaftlichen Frieden sichert und selbst Wandlungen unterworfen ist. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zu den inhaltlichen Kernbereichen „Recht“ und „Rechtsstaatlichkeit“.

Jugendliche in diesem Alter loten die Grenzen ihres Handelns aus: Sie haben Fragen danach, was erlaubt bzw. was nicht mehr zulässig ist und mit welchen Konsequenzen sie zu rechnen haben. Die Auseinandersetzung mit der zivil- und strafrechtlichen Verantwortlichkeit und der Geschäftsfähigkeit gibt ihnen hierzu Orientierung, zielt auf die Vermittlung von Rechts- und Unrechtsbewusstsein und ist damit ein Beitrag zur Gewaltprävention. Gleichzeitig werden mit der Einführung in die Regeln und den Ablauf des Gerichtsverfahrens die Bedeutung rechtsstaatlicher Garantien, die Bindung des Rechts an die Menschenrechte, die Frieden stiftende Funktion des Rechts und die Frage nach Recht und Gerechtigkeit erkennbar. Grund- und Menschenrechte werden in dieser Jahrgangsstufe fächerverbindend mit dem Thema Bürgerliche Revolutionen im Geschichtsunterricht als Grundlage einer demokratischen, frei von staatlicher Willkürherrschaft verfassten Gesellschaft behandelt. Die Sicherung der Grundrechte ist auch Schülerinnen und Schülern dieser Jahrgangsstufe als wesentliches Element des Rechtsstaats vermittelbar.

Die besondere rechtliche Stellung der Jugend in der Gesellschaft - auch die Wandelbarkeit von Recht - lässt sich am Jugendschutz und dem Jugendstrafrecht verdeutlichen. Methodisch lassen sich über die Auseinandersetzung mit konkreten Fällen die rechtlichen Vorgaben und gesetzlichen Bestimmungen vermitteln. Damit wird in den Umgang mit Gesetzes- und Rechtstexten eingeführt. Es empfiehlt sich der Besuch einer Gerichtsverhandlung als außerschulischer Lernort ebenso wie die Durchführung eines Planspiels oder die Einbeziehung von Experten (z.B. der Jugendgerichtshilfe).

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Rechte und Pflichten von Jugendlichen	Zivil- und strafrechtliche Verantwortlichkeit, Geschäftsfähigkeit, Jugendrecht
Gerichtswesen und Rechtsstaatlichkeit	Gerichtsverfahren, Strafrecht, Zivilrecht
Grund- und Menschenrechte	Menschenwürde, Gleichheitsgrundsatz, Schutz vor staatlicher Willkür

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Gerichtswesen und Rechtsstaatlichkeit	Aufbau des Gerichtswesens, Unabhängigkeit der Gerichte
Grund- und Menschenrechte	Rechtswegsgarantie Art. 19 GG
Jugendkriminalität	Jugendspezifische Straftaten (Ladendiebstahl, Schwarzfahren, Beschaffungskriminalität, Sachbeschädigung), Jugendstrafrecht, Resozialisierung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Einführung in die Planung einer Erkundung
 - Fallanalyse
 - Einführung in die Informationsbeschaffung durch Expertenbefragung
 - Arbeiten mit juristischen Texten, einfachen Statistiken, Verlaufsdiagrammen, Organigrammen
 - Erarbeitung eines „Plädoyers“, Darstellung einer eigenen Position
 - selbständiges Arbeiten in Gruppen
 - Erarbeitung und Durchführung einer Pro-Contra-Debatte
- Neue Medien:
- Nutzung von Präsentationssoftware: Erstellen von Verlaufsdiagrammen, Organigrammen

Querverweise:

Jugend und Recht: Rka 8.1, G
8.2+4, D, L(1), E, Spa
Jugendkultur: D, E, F, Spa, Rka 8.1,
Rev 8.1, Ita, Rus, Spo 8.3, Ku 8.3

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Rechtserziehung
Friedenserziehung
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und
Medienerziehung

8G.2

**Ökonomische Bildung:
Markt**

Std.: 13

Begründung:

Die Schülerinnen und Schüler sollen den Wirkungszusammenhang des Marktes erkennen und sich mit ihren Möglichkeiten und Grenzen als Marktteilnehmer auseinandersetzen. Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Ökonomie und Arbeitswelt“.

Jugendliche in diesem Alter treten im wirtschaftlichen Bereich zunehmend als eigenverantwortliche Käufer auf. Im Bereich der ökonomischen Grundbildung ist es notwendig, sie mit den entsprechenden Rechten und Pflichten und den verschiedenen Formen des Kaufvertrags vertraut zu machen. Die Jugendlichen sind damit Nachfrager auf dem Markt. Um handlungsfähig zu sein, ist es notwendig, die Wirkungszusammenhänge zwischen Angebot, Nachfrage und Preis in den Grundzügen zu erkennen.

Da ihre Abstraktionsfähigkeit noch nicht so weit entwickelt ist, dass komplexe theoretische Modelle erfasst werden können, soll der Unterricht jeweils am konkreten Beispiel - z.B. am Tausch und der Flohmarktsituation - ansetzen und praxis- und handlungsorientiert Vertiefungen leisten bzw. Zusammenhänge herstellen. Hierbei sollen auch die Funktionsbedingungen sowie die Möglichkeiten und Grenzen des Marktes sowie Probleme in der Realität aufgegriffen und bearbeitet werden.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Markt**

Verkaufen und Kaufen, einfacher Wirtschaftskreislauf: Preis, Angebot, Nachfrage, ökonomisches Prinzip

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Markt**

Geldfunktionen, Güterknappheit, Rohstoffe, Energie und Umweltstandards als Wirtschaftsfaktoren

Vorbereitung des Betriebspraktikums

Auswahl des Berufsfeldes, Auswahl und Organisation des Praktikumsplatzes

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Informationsbeschaffung durch Expertenbefragung
- Arbeiten mit juristischen Texten, Verlaufsdiagrammen, Schaubildern
- graphische Darstellung von ökonomischen Funktionszusammenhängen
- Fallanalyse

Neue Medien:

- Graphische Darstellung und Auswertung von Funktionszusammenhängen

Querverweis:

Konsum: D, Phy 8.3d, Rka 8.1-2, Rev 8.1

Umgang mit Ressourcen: Ek, E, L(1), Ch 8.3

Ökonomie und Industrialisierung: Ita, Rus, G 8.4, Ek 8.2, D, E, L(2), Ku 8.3

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Rechtserziehung

Friedenserziehung

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

8G.3

Grundwerte der Verfassung: Sozialstaat

Std.: 10

Begründung:

Der Sozialstaat als gleichzeitig gesellschaftliche und verfassungsrechtliche Kategorie verknüpft Orientierungswissen aus verschiedenen Inhaltsbereichen und beinhaltet im Spannungsverhältnis des Artikels 20,1 zu den Artikeln 2 und 14 des Grundgesetzes die Entwicklung von der liberalen zur sozialen Marktwirtschaft. Die Schülerinnen und Schüler sollen an Hand eines exemplarischen, der Schülermotivation zugänglichen Falles, z. B. zur Altersversorgung oder zur Diskussion um das Gesundheitssystem, lernen, dass das Grundgesetz einen schrankenlosen Kapitalismus nicht zulässt, das Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit nach Art. 2 GG aber auch Eigenverantwortung und persönliche Freiheit zur individuellen Lebensgestaltung beinhaltet. Der soziale Ausgleich und die staatliche Umverteilung finden ihre Grenzen an der Sicherung der Lebensgrundlagen für die künftigen Generationen und an den wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Sozialstaat**

Soziale Sicherung, Solidargemeinschaft und individuelle Verantwortung

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Sozialstaat**

Verfassungsgebot des Art. 20,1 GG, Generationenvertrag

Sozialstruktur und soziale Sicherheit

Alterstruktur und Altersentwicklung, Einkommen, Vermögen, Möglichkeiten und Grenzen von sozialer Sicherung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Informationsbeschaffung in öffentlichen Medien,
- Feldforschung
- Einführung in die Arbeit mit Auszügen aus Verfassungs- und Vertragstexten, mit empirischem Material, politischen Stellungnahmen, Kommentaren, graphischen Darstellungen

Neue Medien:

- Informationsbeschaffung, -bewertung und -auswahl im Internet
- Gestaltung von Schaubildern

Querverweise:**Ökonomie - Industrialisierung:**

Ek 8.2, G 8.4, E, D, Rus, Ita, L(2), Ku 8.3

Entwicklung der Demokratie: G 8.1-3, GrA, L(2), E, Eth 8.1

Menschenrechte: Eth 8.1, E, G 8.1

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Rechtserziehung
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und
Medienerziehung

8G.4

Wahlen, Parteien und politischer Entscheidungsprozess

Std.: 18

Begründung:

Der Unterricht führt ein in die Meinungsbildung, Entscheidungsfindung und Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie und vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Demokratie, Partizipation und Menschenrechte“. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Grundsätze des demokratischen Systems sowie die Möglichkeiten und Schwierigkeiten erkennen, wie kontroverse gesellschaftliche Interessen durch demokratische, parlamentarische Auseinandersetzung und Verfahren zum Kompromiss bzw. zu einer konsensfähigen Entscheidung führen. Für die Willensbildung und Entscheidungsfindung soll die Rolle des öffentlichen Diskurses, der Streit und politische Auseinandersetzungen notwendig einschließt, genauso deutlich werden wie die Funktion des Kompromisses, der allen Beteiligten Zugeständnisse abverlangt. Dies befähigt Schülerinnen und Schüler zu einem differenzierten politischen Urteil. Für die Auseinandersetzung mit rechtsradikalen oder anderen eindimensionalen Positionen hat die Einübung einer argumentierenden Streit- und Diskussionskultur, das Verständnis von Kompromissen, nicht als Niederlage, sondern als Voraussetzung für die Akzeptanz einer Mehrheitsentscheidung, wesentliche Bedeutung.

Durch die Einbeziehung aktueller politischer Auseinandersetzungen, deren Analyse und Beurteilung, werden die sonst den Schülerinnen und Schülern abstrakt erscheinenden Verfahren durchschau- und nachvollziehbar. Sie erkennen, dass durch die Einhaltung formaler Verfahren, auch wenn sie häufig als umständlich und bürokratisch empfunden werden, Rechtsstaatlichkeit garantiert, Willkür verhindert wird und Menschenrechte gesichert werden. Der wechselseitig sich beschränkende und ergänzende Einfluss von Parteien, Institutionen, Verbänden und Medien ist dabei als wesentliches Element der pluralistischen Demokratie zu sehen, weil so unterschiedliche Interessen in die Verständigung über das Gemeinwohl einbezogen werden. Die neuere Diskussion über eine stärkere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger lenkt den Blick auf die Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Wahlen und Parteien	Wahlkampf, Wahlsystem, Mehrheitsbildung: Fraktionen, Koalitionen, Regierungsbildung
Entscheidungsprozess politischer Institutionen	Funktionsweise der parlamentarischen Demokratie (Gesetzgebung und Bundestag, Bundesrat, Bundesregierung; Bürgerbeteiligung, Medien, Verbände)

Fakultative Unterrichtsinhalte/ Aufgaben:

Wahlen und Parteien	innerparteiliche Demokratie (Art.21,1 GG)
Entscheidungsprozess politischer Institutionen	Meinungsbildung, Entscheidungsfindung
Föderalismus	Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, Bildungssystem

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Erstellen eines Arbeitsplanes zur Analyse von politischen Konflikten
- Informationsbeschaffung in öffentlichen Medien
- Einführung in die Arbeit mit politischen Stellungnahmen, Kommentaren, Darstellungen, Organigrammen, mit Auszügen aus Verfassung- und Vertragstexten
- Erarbeitung und Präsentation einer eigenen Beurteilung politischer Sachverhalte und Konflikte
- Politische Pro-Contra-Debatte
- Einführung in Podiumsdiskussion und deren Moderation

Neue Medien:

- Informationsbeschaffung, -bewertung und -auswahl im Internet
- Graphische Darstellung von Wahlergebnissen, Wahlanalysen (Auswahl von empirischen Ergebnissen)

Querverweise:

Entwicklung der Demokratie: G
8.1-3, GrA, L(2), E, Eth 8.1
Menschenrechte: Eth 8.1, E, Ge
8.1

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6, Absatz 4 HSchG):

Rechtserziehung, Informations- und kommunikationstechnische
Grundbildung und Medienerziehung

1.3 Jahrgangsstufe 9G

9G.1

**Ökonomische Bildung:
Ökonomie und Arbeitswelt**

Std.: 26

Begründung:

Der Unterricht führt ein in die Thematik „Ökonomie und Arbeitswelt“, vermittelt Orientierungswissen, verdeutlicht Entscheidungsstrukturen und Konfliktpotentiale und regt die Schülerinnen und Schüler an, sich mit den unterschiedlichen Interessen im ökonomischen Entscheidungsprozess auseinanderzusetzen und zu einer eigenen Einschätzung zu gelangen. Die Schülerinnen und Schüler sollen die Faktoren zur Sicherung ihrer materiellen Lebensgrundlagen und den Wirkungszusammenhang ökonomischer Sachverhalte und seine Dynamik auf der Ebene der Arbeit, des Berufs, des Betriebes und der sich aus der Markt- und der Wettbewerbssituation ergebenden Anforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten und -bedingungen verstehen. Gleichzeitig lernen sie die Folgen des sozioökonomischen und technischen Wandels für die Zukunft der Arbeit und die Bedeutung der sozialen Verantwortung im wirtschaftlichen Handeln zu erkennen und zu beurteilen. Einbezogen werden dabei auch die Folgen der Nichtbeachtung ökologischer Grundprobleme und deren Betrachtung als Wirtschafts- und Standortfaktor. Ziel ist es, die Schülerinnen und Schüler zu einem verantwortlichen und rationalen Handeln als Wirtschaftssubjekte zu befähigen. Es soll verdeutlicht werden, dass für das Handeln in Ökonomie und Arbeitswelt Eigenverantwortung, Leistungs- und Innovationsbereitschaft und die Übernahme sozialer Verantwortung notwendig ist.

Die Schülerinnen und Schüler haben noch keine eigene Anschauung von der Arbeitswelt; der Übergang in das Berufsleben steht nicht unmittelbar an. Gleichzeitig ist ihre Abstraktionsfähigkeit noch nicht so entwickelt, dass sie die komplexen, theoretischen Zusammenhänge und Modellbildungen erfassen können. Der Unterricht soll deshalb an konkreten Beispielen ansetzen und aus der Praxis die mögliche Vertiefung leisten und Zusammenhänge herstellen. Wirtschaftsthemen eignen sich in besonderer Weise für eine handlungsorientierte Vermittlung. In der Kooperation der Lernorte Schule und Betrieb durch das Betriebspraktikum und/oder Betriebserkundungen machen die Schülerinnen und Schüler erste eigene Erfahrungen in der Arbeitswelt und werden motiviert für die Beschäftigung mit den unten genannten Inhalten und Stichworten, die im Unterricht für konkrete Beobachtungsaufgaben für Erkundungen und die Vor- und Nachbereitung des Praktikums genutzt werden können. Die theoretische Vertiefung arbeitet mit einfachen Modellen, reduziert auf Wesentliches und vermittelt einen ersten leicht verständlichen Einblick in die Dynamik der ökonomischen Wirkungszusammenhänge und deren gesellschaftspolitische Grundlagen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Arbeit und Beruf**

Individuelle und gesellschaftliche Bedeutung von Arbeit, Erwerbstätigkeit und Beruf, Berufe und Berufswahl: Eignung, Qualifikation, Leistung und Einkommen, Arbeitslosigkeit, Technische und ökonomische Entwicklungen, Bildungs- und Berufsplanung

Der Betrieb im Wirtschaftssystem

Entscheidungsgrundlage betrieblichen Handelns (Markt- und Wettbewerbssituation, Standortfaktoren, Herstellungskosten, Preiskalkulation), unternehmerisches Handeln und Mitbestimmung, soziale und ökologische Verantwortung

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Der Betrieb im Wirtschaftssystem**

Innerbetriebliche Entscheidungsstrukturen, Selbstständigkeit

Der Betrieb als System

Ziele, Aufbau, Ablauf, Ausbildung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Planung der Arbeit und selbständiges Lernen an einem außerschulischen Lernort
- Informationsbeschaffung durch teilnehmende Beobachtung, Recherchen vor Ort
- Arbeit mit statistischen Angaben, Graphiken und Texten aus dem Bereich der Ökonomie
- graphische Darstellung von ökonomischen Funktionszusammenhängen
- Einführung in die Erstellung eines Berichts
- Arbeit in Gruppen, Planspiel; Zukunftsszenarien

Neue Medien:

- Textgestaltung (Geschäftsbriefe, Bewerbungen)
- Einsatz fertiger Software zur Preiskalkulation (z.B. Sage KHK, PC-Kaufmann, Starter Paket)
- Graphische Darstellung von Funktionszusammenhängen

Querverweis:

Ökonomie und Arbeitswelt: Spa, E,
F, L(1), Ita, Rev 9.2

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Ökologische Bildung und Umwelterziehung
Gesundheitserziehung
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und
Medienerziehung

9G.2

Sozialstaat und Ökonomie – soziale Marktwirtschaft

Std.: 10

Begründung:

Der Sozialstaat als gleichzeitig gesellschaftliche und verfassungsrechtliche Kategorie verknüpft Orientierungswissen aus verschiedenen Inhaltsbereichen und beinhaltet im Spannungsverhältnis des Artikels 20,1 zu den Artikeln 2 und 14 des Grundgesetzes die Entwicklung von der liberalen zur sozialen Marktwirtschaft. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich mit dem Verfassungsgebot der Sozialstaatlichkeit und den Möglichkeiten und Grenzen der Umsetzung sowie mit den politischen und gesellschaftlichen Positionen um die konkrete Gestaltung und die jeweiligen Konsequenzen auseinandersetzen, die Bedeutung für die eigene Lebenssituation und die gesellschaftliche Entwicklung erkennen und befähigt werden, eine eigene Position zu entwickeln

Der Unterricht knüpft an den Inhaltsbereich „Sozialstaat“ an. Während dort schwergewichtig das Sozialstaatsgebot unter der Perspektive der sozialen Sicherung gesehen wurde, geht es nun in Verbindung mit dem Inhaltsbereich „Ökonomie und Arbeitswelt“ um die soziale Gestaltung des Arbeitsverhältnisses, um den Interessensausgleich, die Konfliktregelung und die Bedeutung wirtschafts- und sozialpolitischer Entscheidungen. Die soziale Absicherung in ökonomischen Krisen verweist auf den strukturellen Zusammenhang von Sozialstaat und Ökonomie. Mit der Unterscheidung der freien und der sozialen Marktwirtschaft ist eine grundsätzlichere Perspektive möglich.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Soziale Gestaltung des Arbeitsverhältnisses**

Lohn und Arbeitsbedingungen, unterschiedliche Interessen und Institutionen der Konfliktregelung, Tarif-, wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen

Sozialstaat

freie und soziale Marktwirtschaft, soziale Absicherung

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Sozialstaat**

ökonomische Krisen

Sozialstruktur

Einkommensverteilung und soziale Schichtung, Armut und Reichtum, Bildungsbeteiligung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Informationsbeschaffung in öffentlichen Medien
- Arbeit mit Auszügen aus Verfassungs- und Vertragstexten, mit empirischem Material, politischen Stellungnahmen, Kommentaren, graphischen Darstellungen
- Erarbeitung und Präsentation einer eigenen Beurteilung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Sachverhalte und Konflikte
- politische Pro-Contra-Debatte
- Einführung in die Podiumsdiskussion und deren Moderation

Neue Medien:

- Informationsbeschaffung, -bewertung und -auswahl im Internet
- Gestaltung von Schaubildern

Querverweise:

Ökonomie und Arbeitswelt: E, F, Ita, Spa, L(1), Rev 9.2

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Rechtserziehung und Medienerziehung
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung

9G.3

Medien: Pressefreiheit und Markt

Std.: 6

Begründung:

Mit dem Inhaltsbereich „Medien, Pressefreiheit und Demokratie“ wird die vertiefende Beschäftigung mit dem Recht auf freie, ungehinderte Information, mit der besonderen Bedeutung der Presse bei der Definition von politischen Auseinandersetzungen, bei der Präsentation von politischen Positionen und bei der Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger sowie ihr Einfluss auf die politische Entscheidungsfindung angesprochen.

Presse, private Rundfunk- und Fernsehsender und Anbieter von Informationen im Internet agieren auch als Wirtschaftsunternehmen, müssen ihre Finanzierung über Anzeigen und Werbeeinnahmen sichern und für ihre Produkte Leser, Zuschauer und Nutzer finden. Nur die finanzielle Existenzsicherung vieler Medienunternehmen sichert die Vielfalt von Meinungen; die Abhängigkeit von den Werbeeinnahmen und vom Käufermarkt bleibt nicht ohne Rückwirkungen auf den verkauften Inhalt. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Medienmarkt und Pressefreiheit soll den Schülerinnen und Schülern deutlich werden.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Medien: Pressefreiheit und Markt**

Grundgesetz und Pressefreiheit, Medien im politischen Entscheidungsprozess

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Medien: Pressefreiheit und Markt**

Presse als 4. Gewalt, Medien als Institution und Wirtschaftsbetrieb, Informationen als Ware

Pressefreiheit und Persönlichkeitsschutz

Medien und Persönlichkeitsschutz, Persönlichkeitsschutz versus Recht auf Information, „Fairer“ Journalismus, Information und Unterhaltung,

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Informationsbeschaffung aus den Medien und Analyse
- Analyse von Medienpräsentationen
- Herstellung von Medienpräsentationen
- Arbeit mit statistischem Material
- Pro-Contra-Debatte

Neue Medien:

- Informationsbeschaffung, -bewertung und -auswahl im Internet
- Gestaltung von Präsentationen
- Graphische Darstellung von Funktionszusammenhängen

Querverweise:

Medien und Pressearbeit: D, F, Spo, G 9.3, Mu 9.2

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§ 6 Abs. 4 HSchG):

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung
Rechtserziehung

9G.4

Internationale Zusammenarbeit und Friedenssicherung

Std.: 14

Begründung:

Der Unterricht führt ein in die Probleme internationaler Zusammenarbeit und Friedenssicherung und vermittelt in der Analyse eines internationalen Konflikts Orientierungswissen mit dem Ziel sachlich begründeter Urteilsbildung. Die Schülerinnen und Schüler sollen Möglichkeiten und Schwierigkeiten erkennen und einschätzen lernen, nationale und internationale Konflikte durch internationale Zusammenarbeit und zwischenstaatliche Organisationen zu verhindern bzw. zu bewältigen.

Am Beispiel der europäischen Integration und der Arbeit internationaler Organisationen und Zusammenschlüsse werden die Möglichkeiten und Schwierigkeiten behandelt, durch internationale Zusammenarbeit den Frieden zu sichern. Die Bearbeitung geht von der Analyse europäischer und internationaler Konfliktfelder aus und verdeutlicht Ziele, Aufbau, Entscheidungsstrukturen und Handlungsmöglichkeiten zwischenstaatlicher Zusammenschlüsse. In der Beurteilung sollen die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeiten und Probleme, durch internationale Vereinbarungen den Frieden zu sichern, erkennen und sowohl die Faktoren erfolgreicher als auch gescheiterter Friedensbemühungen einschätzen können. Friedenssicherung wird damit als dauernde Aufgabe erkennbar. In diesem Zusammenhang sind auch die Stellung Deutschlands im internationalen Zusammenhang und seine Verantwortung für den Frieden zu sehen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Europäische Integration**

Grundsätze, Ziele, Entscheidungsstruktur, Gremien in der EU, Stellung Deutschlands in Europa

Internationale Beziehungen

Internationale Konfliktfelder und Interessen, Organisationen zur Friedenssicherung, Ziele, Aufbau und Handlungsmöglichkeiten (UNO, NATO)

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Europäische Integration**

nationale und europäische Identität, Menschenrechte und Sicherheit in Europa

Internationale Beziehungen

innergesellschaftliche Konflikte und internationale Friedenssicherung, Agenda 21

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Erstellung eines Arbeitsplanes zur Analyse von internationalen Konflikten
- Informationsbeschaffung in öffentlichen Medien
- Arbeit mit politischen Stellungnahmen, Kommentaren, Darstellungen in den Medien
- Arbeit mit Auszügen internationaler Vertragstexte
- Erarbeitung und Präsentation einer eigenen Beurteilung internationaler Konflikte
- Podiumsdiskussion und Pro-Contra-Debatte

Neue Medien:

- Internetrecherche, Auswahl und Bewertung

Querverweise:

Vom Ersten zum Zweiten Weltkrieg – die geteilte Welt 1945 – 1990: G 9.2-5, Rka 9.2, Rev 9.2, F, Rus, Mu 9.5, Eth 9.1

Wirtschaftliche und soziale Veränderungen in Osteuropa: Rus, G 9.4-5

Vom Recht auf Krieg zur Pflicht zum Frieden: L(2), G 9.1-4, Eth 9.1, Rev 9.2

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Friedens-erziehung
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und
Medienerziehung

9G.5

**Ökonomische Bildung:
Internationale Wirtschaftsbeziehungen**

Std.: 12

Begründung:

Der Unterricht vermittelt Orientierungswissen zum inhaltlichen Kernbereich „Ökonomische Bildung“. Die Schülerinnen und Schüler sollen den ökonomischen Wirkungszusammenhang im internationalen Zusammenhang sowie die Bedeutung wirtschaftlicher und zwischenstaatlicher Zusammenarbeit für die Sicherung der materiellen Lebensgrundlage erkennen und beurteilen.

Die Bedeutung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen für die Sicherung der materiellen Lebensgrundlagen und die Zukunft der Arbeit lässt sich beispielhaft an der Wirtschafts- und Währungsunion der EU und in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern sowie dem globalen Standortwettbewerb verdeutlichen. Die Beschäftigung mit der europäischen Integration zielt auch darauf, dass die Schülerinnen und Schüler die Bedeutung der Wirtschafts- und Währungsunion für die eigene Lebensplanung erkennen. Damit werden die internationalen ökonomischen Zusammenhänge und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten und Notwendigkeiten für eigenes und nationales Handeln vermittelt. Internationale Wirtschaftsstrukturen beeinflussen die Entwicklungsmöglichkeiten von Volkswirtschaften und Gesellschaften und gewinnen im Prozess der Globalisierung zunehmend an Bedeutung. Die Frage von Entwicklung und Unterentwicklung wird in diesem Zusammenhang in der Kontroverse um markt- und lenkungsorientierte Konzepte diskutiert. Das Thema Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik ist über die Aktivitäten internationaler Spendenorganisationen, der Kirchen, regionaler Bürgerinitiativen und Patengruppen im Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler präsent und es gibt eine Fülle anschaulicher Fallmaterials, so dass der Unterricht daran anknüpfend die unterschiedlichen, in der Regel mehrdimensionalen Faktoren von Entwicklung bzw. Unterentwicklung herausarbeiten kann.

Im Mittelpunkt des fakultativen Inhalts Globalisierung stehen konkrete Beispiele von Unternehmensentscheidungen aus dem Erfahrungsbereich der Lerngruppe oder der Region.

Bei der Auseinandersetzung mit Fragen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen und der Globalisierung soll auf die Inhalte des Faches Erdkunde in der Jahrgangsstufe 9G (Industrieräume im Vergleich, Wirtschaftsregionen, Regionalentwicklung) zurückgegriffen werden.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Europäische Integration	Europäischer Binnenmarkt, Lernen und Arbeiten im vereinten Europa
Welthandel, internationale Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungsländer	Globalisierung, Unterentwicklung

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Europäische Integration	Wanderungsbewegungen
Welthandel, internationale Wirtschaftsstrukturen und Entwicklungsländer	Welthandelsstrukturen, Agenda 21
Globaler Standortwettbewerb	Standortentscheidungen regionaler Unternehmen im Rahmen der internationalen Konkurrenz, Auswirkungen nationaler und internationaler Faktoren, Rohstoffe, Energie und Umweltstandards als Wirtschaftsfaktoren
Entwicklungspolitik	Entwicklungsstrategien, staatliche Entwicklungsprogramme, freie Entwicklungshilfe, Weltmarkt

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

- Informationsbeschaffung und -auswahl in öffentlichen Medien
- Arbeit mit wirtschaftspolitischen Darstellungen, Organigrammen, Stellungnahmen, Kommentaren
- Erarbeitung und Präsentation einer eigenen Position
- Podiumsdiskussion und Pro-Contra-Debatte

Neue Medien:

- Internetrecherche: Informationsbeschaffung, -auswahl und -bearbeitung
- Einsatz vorhandener Software zur Simulationen

Querverweise:**Weltwirtschaft des 20. Jahrhunderts:**

G 9.5

Globalisierung und europäische Integration:

G 9.5, F, E

Umgang mit Ressourcen:

Phy 9.2,

Ch 9.3, G 9.5, Eth 9.4

Entwicklung – Unterentwicklung:

G 9.5

Wirtschaftliche und soziale Veränderungen in Osteuropa:

Rus, G 9.4-

5

Fremde Kulturen:

L (1), Spa, GrA

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Friedenserziehung

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und
Medienerziehung

9G.6

Grundwerte der Verfassung

Std.: 6

Begründung:

Der Schwerpunkt „Grundwerte der Verfassung“ nimmt die in den Jahrgangsstufen 7G und 8G angesprochenen Prinzipien der Grund- und Menschenrechte, der Rechts- und Sozialstaatlichkeit auf und führt zu einer zusammenfassenden grundsätzlichen Betrachtung der Grundwerte. Er thematisiert dadurch die Bedeutung individueller Freiheitsrechte in Verbindung mit den Grundsätzen des demokratischen Rechts- und Sozialstaates als Maßstab des politischen Handelns. Die Schülerinnen und Schüler erkennen, dass die Grundrechte mit ihrer im Grundgesetz herausgehobenen Bedeutung als unmittelbar geltendes Recht und mit ihrem starken Schutz (Wesensgehaltsgarantie, Bundesverfassungsgericht) die wesentliche Grundlage unseres freiheitlichen und demokratischen Staates und ein zentrales Unterscheidungsmerkmal zu Systemen politischer Unterdrückung darstellen. Dabei ist zu beachten, dass die Grundrechte im Rahmen der sozialen Einbindung und Verantwortung des Individuums interpretiert werden müssen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte / Aufgaben:**Grundwerte der Verfassung**

Grund- und Menschenrechte; Volkssouveränität, Gewaltenteilung, demokratischer und sozialer Rechtsstaat

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Wehrhafte Demokratie**

Parteienverbot, Widerstandsrecht, Änderungsvorbehalte des Grundgesetzes (z.B. Artikel 79/3 GG)

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler / Hinweise und Erläuterungen:

- Arbeit mit Auszügen aus Verfassungstexten, sekundär Texten und Erläuterungen
- Visualisierung leichterer theoretischer Texte

Neue Medien:

- Informationsbeschaffung, -bewertung und -auswahl im Internet
- Gestaltung von Schaubildern

Querverweise

Entwicklung der Demokratie: D, E, Spa, F, GrA, L (1), G 9.2, Rka 9.3, Rev 9.2, G 9.2

Individuum und Gesellschaft: D, E, Spa, L (2), GrA, Rka 9.3

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Rechtserziehung
Friedenserziehung
Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung

2. Anschlussprofil von der Jahrgangsstufe 9G in die gymnasiale Oberstufe

Voraussetzung und Grundlage für eine erfolgreiche Mitarbeit im Fach Politik und Wirtschaft in der gymnasialen Oberstufe sind die nachfolgenden in der Sekundarstufe I erworbenen Qualifikationen und Kenntnisse.

Sachkompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler sollen über grundlegende Kenntnisse verfügen in den Bereichen und Problemfeldern

- Ökologie (Verbraucherverhalten, Umweltschutz und Umweltstandards)
- Ökonomie (Wirtschaften im privaten Haushalt; Markt, soziale Marktwirtschaft, Betrieb und Arbeitswelt; europäischer Binnenmarkt, internationale Wirtschaftsbeziehungen)
- Soziologie (Individuum, Familie und Gruppen; Sozialisation; Konflikt und Konsens)
- Politikwissenschaft (Politischer Entscheidungsprozess und parlamentarische Demokratie; Sozialstaat; Medien)
- Recht (Jugendrecht; Grund- und Menschenrechte; Rechtsstaat)
- Internationale Beziehungen (Europäische Integration; internationale Friedenssicherung)

Die Schülerinnen und Schüler können einfache Sachverhalte, Ereignisse, Kontroversen aus Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Recht mit diesen Kenntnissen analysieren und entwickeln damit ein Grundverständnis des politischen Systems der Bundesrepublik, seiner Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung sowie der internationalen Verflechtungen. Sie verfügen über die Fähigkeiten,

- Überschaubare Informationen strukturiert wiederzugeben und Fragen zu ausgewählten Aspekten zu beantworten
- konkrete Sachverhalte in einen übergreifenden Zusammenhang zu stellen
- in politischen Aussagen Sachaussagen, legitimierende Begründungen und Meinungen zu unterscheiden

Methodenkompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich zu ausgewählten wirtschaftlichen, rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Fragen informieren, fachliche Themen mit verschiedenen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können. Sie sollen in der Lage sein,

- überschaubare Lerngegenstände selbstständig und sachangemessen zu erarbeiten
 - Material beschaffen, zu ordnen und dieses problemangemessen auszuwerten zu können
- Inhalte und Ergebnisse zu präsentieren und in neue Zusammenhänge zu transferieren

Urteilskompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler können überschaubare politische Kontroversen, Probleme und Lösungsvorschläge überprüfen und einschätzen (Sachurteil). Sie können an ausgewählten politischen Kontroversen immanente Werturteile politischer Positionen erkennen, sich ihrer eigenen Wertung bewusst sein und Verständnis für gesamtgesellschaftliche Verantwortung entwickeln (Werturteil). Sie besitzen ein grundlegendes Deutungswissen über folgende Kernkonzepte:

- Politische Freiheit und Grundrechtsbindung
- Repräsentative, plebiszitäre und Parteiendemokratie
- Gewaltenteilung
- Rechts- und Sozialstaatlichkeit
- Pluralismus
- Grundprinzipien der Marktwirtschaft

Handlungskompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler sollen Überzeugungen und Positionen formulieren, angemessen vertreten, sich mit anderen Positionen auseinander setzen und Stellung beziehen können. Sie sollen in der Lage sein

- Sich ein eigenes Urteil zu bilden und dieses in Gegenüberstellung zu anderen Positionen sachlich begründet zu vertreten;
- Perspektivenwechsel vorzunehmen und andere Sichtweisen nachzuvollziehen;
- in Konfliktsituationen nach Verständigung zu suchen und entsprechend zu handeln;
- als Wirtschaftssubjekt überlegte Entscheidungen zu treffen.

Der Unterricht in der Sekundarstufe II

3. Die verbindlichen und fakultativen Unterrichtsinhalte der Einführungsphase und der Qualifikationsphase

In der gymnasialen Oberstufe greift der Unterricht die Inhalte, Problemstellungen und Methoden der Sekundarstufe I im Sinne eines Spiralcurriculums auf. Dabei nehmen die Komplexität und das Abstraktionsniveau zu. Die Themenstellungen werden differenzierter analysiert, interpretiert und bewertet. Neben der Vermittlung von grundlegendem Wissen sollen die Schülerinnen und Schüler dazu befähigt werden, selbstständig Probleme und offene Fragen zu erkennen, Interessen, Positionen und wissenschaftliche Zugänge zu reflektieren sowie Methoden zur Erarbeitung anzuwenden. Die in der Sekundarstufe I erworbenen methodischen Kompetenzen hinsichtlich selbstständiger Arbeitsorganisation, der Präsentation von Ergebnissen und der Arbeit im Team sollen weiterentwickelt werden.

In der Einführungsphase (E1 und E2) und in der Qualifikationsphase (Q1 bis Q4) werden die im Teil A aufgeführten gegenwärtigen und in die Zukunft weisenden Fragen und Herausforderungen aufgegriffen:

- Gestaltung des sozioökonomischen und technologischen Wandels,
- Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen,
- Sicherung der materiellen Lebensbedingungen und die Zukunft der Arbeit,
- Sicherung und Ausbau der Partizipation und Menschenrechte,
- Sicherung des Friedens.

Deren schwerpunktartige Zuordnung zu Kurshalbjahren erfolgt auf Grund inhaltlicher Zusammenhänge, notwendiger Lernvoraussetzungen und organisatorischer Bedingungen. In der Einführungsphase (E1 und E2) und im ersten Jahr der Qualifikationsphase (Q1 und Q2) kann die Schule, um fachübergreifende oder berufsorientierende Projekte anbieten zu können, über die Abfolge der Kurse innerhalb eines Schuljahrs entscheiden. Die Schülerinnen und Schüler sollen bis zum Ende des zweiten Kurshalbjahres der Qualifikationsphase (Q2 - verpflichtende Belegung) über Grundlagenwissen, Problemverständnis und methodische Fähigkeiten verfügen, die es ihnen ermöglichen, sich als verantwortlich handelnde Bürger am politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Die freie Belegung im zweiten Jahr der Qualifikationsphase (Q3 und Q4) eröffnet den Schülerinnen und Schülern Möglichkeiten einer intensiveren Betrachtung und Auseinandersetzung mit globalen Entwicklungen, Kontroversen, Interpretationen und Lösungsansätzen.

In der Qualifikationsphase wird Politik und Wirtschaft in Grund- und Leistungskursen unterrichtet. Die Grund- und Leistungskurse unterscheiden sich nicht grundsätzlich in Inhalten und Zielen. Unterschiede bestehen allerdings hinsichtlich der theoretischen Vertiefung. Dies betrifft

- die Komplexität der Problemstellungen (auch hinsichtlich interdisziplinärer Komplexität),
- die Intensität der Untersuchungen und die begrifflichen Differenzierung,
- das Abstraktionsniveau der Untersuchungen sowie den Stellenwert theoretischer Analysen.

Der Unterricht in Leistungskursen erfordert in besonderem Maße die Selbsttätigkeit der Lernenden und bereitet auf die Studierfähigkeit in den Bezugswissenschaften vor. Zusätzliche Inhalte, die im Leistungskurs behandelt werden sollen, sind in den Kurshalbjahren jeweils einzeln ausgewiesen. Der Unterricht in Grundkursen, der sich im Übrigen eher auf die Vermittlung grundlegender Kenntnisse, Einsichten und Fähigkeiten konzentriert, hat gleichwohl auch wissenschaftspropädeutische Aufgaben zu erfüllen.

Die Inhalte werden durch folgende Felder strukturiert und den einzelnen Halbjahren zugeordnet:

Kurshalbjahre	Inhaltsbereiche	
E1	Sozialstruktur und sozioökonomischer Wandel	Abfolge
E2	Ökologie und wirtschaftliches Wachstum	variabel
Q1	Politische Strukturen und Prozesse	Abfolge
Q2	Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	variabel
Q3	Internationale Beziehungen und Globalisierung	
Q4	Aspekte der Globalisierung – Chancen, Probleme, Perspektiven	

Unabhängig von der Abfolge der Inhalte und der Schwerpunktbildung bei der Unterrichtsgestaltung bilden die Grundlage für die Abiturprüfung die von der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Einheitlichen Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung (EPA) mit vier Lern- und Prüfungsbereichen. In mindestens drei der nachfolgenden vier Lern- und Prüfungsbereiche - und innerhalb dieser in mindestens einem Thema - müssen Schülerinnen und Schüler für die Abiturprüfung Kenntnisse erworben haben.

- Lern- und Prüfungsbereich Wirtschaft
 - Strukturpolitik
 - Konjunkturpolitik
 - Verteilungspolitik
 - Umweltpolitik
 - Arbeit und Beruf im ökonomisch-technischen Wandel

- Lern- und Prüfungsbereich Gesellschaft
 - Sozialstruktur und sozialer Wandel
 - Sozialisation in Familie, Schule, Beruf
 - Politische und soziale Integration
 - Mitbestimmung und Mitwirkung (Partizipation)

- Lern- und Prüfungsbereich politisches System und politischer Prozess
 - Das politische System der Bundesrepublik Deutschland
 - Politische Willensbildungsprozesse
 - Politische Ideen und Herrschaftssysteme

- Lern- und Prüfungsbereich internationale Politik
 - Friedens- und Sicherheitspolitik; internationales Krisenmanagement
 - Industrieländer und „Dritte Welt“
 - Entwicklungen in Europa und europäische Integration

Im Fach Politik und Wirtschaft werden Kenntnisse, Fähigkeiten und Einsichten vermittelt, die in einem wirtschaftskundlichen, einem sozialkundlichen, einem politisch-rechtskundlichen und einem die internationalen Beziehungen umfassenden Lern- und Prüfungsbereich erfasst sind. Der Lehrplan ordnet die vorstehenden Inhalte, die für die Abiturprüfung als Lern- und Prüfungsbereiche zur Verfügung stehen müssen, jeweils verbindlichen Themenfeldern mit entsprechenden Inhalten zu.

3.1 Die Einführungsphase (E1 und E2)**3.1.1 E1****E1****Sozialstruktur und sozioökonomischer Wandel****Std.: 23****Begründung:**

Die Sozialstruktur Deutschlands lässt sich in ihrer Komplexität im Unterricht nicht nachbilden. Mit der unterrichtlichen Behandlung von Themen, die die Rolle des Individuums in der Gesellschaft analysieren, zeigt der Unterricht, wie individuelle und subjektive Erfahrungen von Schülerinnen und Schülern als Voraussetzung und Ergebnis gesellschaftlicher Prozesse interpretiert werden können. Sie werden gleichermaßen zum Subjekt und Objekt des Unterrichts.

Um den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in die unterschiedlichen soziologischen Fragestellungen zu vermitteln, sollen mehrere Stichworte zur Sozialstruktur Deutschlands behandelt werden; die Schwerpunktbildung soll im Sinn einer schülerorientierten Unterrichtsplanung mit der Lerngruppe abgestimmt werden. Während das Stichwort Familienformen und Sozialisation von Jugendlichen an die Erfahrung der Schülerinnen und Schüler anknüpft und Selbstreflexion und Objektivierung der eigenen Situation erlaubt, zeichnen die übrigen Stichworte gesellschaftliche Zusammenhänge und Tendenzen nach und führen zum Verständnis struktureller Entwicklungen. Die angemessene Interpretation von Statistiken und Schaubildern (Stichproben-, repräsentative Erhebung, Zählungen, Umfragen) soll dabei ebenso Teil des Unterrichts sein wie die Beschäftigung mit exemplarischen Beispielen, die auch aus Reportagen, Literatur, Filmen oder Kunstdarstellungen entnommen sein können. Befragungen oder eigene Beobachtungen vor Ort zum Beispiel zur Schließung von Industrie- und Ansiedlung von Dienstleistungsbetrieben, zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer können die allgemein gewonnenen Ergebnisse veranschaulichen.

Der Analyse der Sozialstruktur liegen unterschiedliche theoretische Traditionen und verschiedene Erkenntnisinteressen zu Grunde. Dass dies so ist und ein Erklärungsansatz nicht alleinige Geltung zu beanspruchen vermag, soll den Schülerinnen und Schülern über die Beschäftigung mit mehreren verschiedenen Modellen deutlich gemacht werden. Ein ideologiekritischer Zugang zu soziologischen Erklärungsmodellen fördert bei Schülerinnen und Schülern die begründete Urteilsbildung und Skepsis gegenüber monokausalen gesellschaftlichen Erklärungsmustern.

Der sozioökonomische Wandel verlangt politische Antworten im Bereich der Sozial-, Arbeitsmarkt-, Struktur- und Bildungspolitik. In der Kontroverse um Lösungsansätze spielen gesellschaftliche Interessengruppen und Institutionen wie Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kammern, Bürgerinitiativen eine wichtige Rolle. Diese Auseinandersetzung kann im fakultativen Bereich exemplarisch analysiert und beurteilt werden.

Die enorme Produktivitätssteigerung in allen drei Sektoren (Urproduktion, Industrie und Dienstleistung) als Folge technologischer und organisatorischer Innovationen und der internationale Kostendruck führten zu veränderten Branchen- und Berufsstrukturen. Sie ermöglichen und verlangen flexiblere Produktion, die dem Konsumenten/Kunden verbesserte und auch individuellere Produkte, dem Arbeitnehmer aber veränderte Arbeitsbedingungen beschert. Im Sinne einer zukunftsorientierten Berufs- und Studienvorbereitung soll der Unterricht den Strukturwandel und dessen Folgen für Ausbildung, Arbeit und Beruf deutlich machen und den Jugendlichen Hilfestellungen bei der Entscheidungsfindung für ihre Lebensplanung geben. Schülerinnen und Schüler können bei der Recherche zu einem sie interessierenden oder von ihnen angestrebten Beruf oder bei der Auswertung des Betriebspraktikums Erkenntnisse zu den angeführten Stichworten gewinnen, diese präsentieren und/oder als schriftliche Hausarbeit formulieren.

Ein Einblick in Methoden der empirischen Sozialforschung kann den Lernenden über einen eigenen thematischen Schwerpunkt, aber auch als methodischer Exkurs zu einem Thema des verbindlichen Teils gegeben werden.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben: Themenstichworte:

Struktur und Entwicklung der Bevölkerung	Familienformen im Wandel, Sozialisation von Jugendlichen, Altersentwicklung; Individualisierung; räumliche und soziale Mobilität
Strukturmodelle der Gesellschaft	Demografisch orientierte Analysen; Schichtungs- und Klassenmodelle; soziale Milieus; Sozialstruktur als soziales Rollengefüge
Von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft	Sozialer, wirtschaftlicher Wandel, Modernisierung, Rationalisierung und neue Technologien; Berufsstruktur und Arbeitsmarkt; veränderte Qualifikationsanforderungen und Arbeitsbedingungen; strukturelle Arbeitslosigkeit und prekäre Arbeitsverhältnisse; Flexibilität und berufliche Mobilität; Gleichberechtigung der Geschlechter in Beruf und Wirtschaft

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Politische Problemfelder und Lösungsansätze	Kontroversen, Interessen und Vorschläge in der Sozial- und Bildungspolitik, Struktur- oder Arbeitsmarktpolitik
Neue Schlüsselbegriffe der Gesellschaftsanalyse	Digitale Revolution, Informationsgesellschaft, Zweidrittelgesellschaft, Risikogesellschaft, ‚Neue Armut‘
Einblick in Methoden empirischer Sozialforschung	Erhebungs-, Befragungs- und Auswertungsmethoden am Beispiel (z. B. Shell-Jugendstudie); Durchführung einer kleinen empirischen Untersuchung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Einführung in Fragestellungen und Instrumente der empirischen Sozialforschung
 Computergestützte Befragung, z. B. GrafStat 4 – Ausgabe 2009

Querverweise:

Identitätsfindung: D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, Ku, Mu, G, Rka, Rev, Eth, Phil
Lebensentwürfe: D, Rus, L, GrA, Rka, Eth, Phil, Rev, E
Mensch und Welt: L, GrA, Mu, G, Ek, Rka, Rev, Phil, Phy, D, F, Ita, Rus, Ku
Sozialer Wandel: E, F, Spa, Rus, Ita, L, G, Ek, Spo
Massenmedien und Kultur: D, E, F, Spa, Ita, L, Inf
Zentralisierung – Dezentralisierung: F, Ek, Spa, Rus, L
Stadt: L, GrA, G, Ek, Phil, F, Rus, Ch
Programmierung – Simulation: Inf, M, Ch, Phy
Internet und Hypertext: Inf, Bio
Leistung: Spo
Gesunde Lebensführung: Spo, Eth
Ökonomie vs. Ökologie: D, E, Spa, Ita, L, Ek, Rev, Phil, M, Spo
Klima und Boden: Ch, Ek

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Ökologische Bildung und Umwelterziehung
 Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung
 Erziehung zur Gleichberechtigung
 Kulturelle Praxis
 Friedenserziehung

3.1.2 E2

E2

Ökologie und wirtschaftliches Wachstum

Std.: 23

Begründung:

Schülerinnen und Schüler verfügen zum Thema Ökologie in der Regel über ein umfangreiches, aber unstrukturiertes Vorwissen. Daran anknüpfend soll der Unterricht einzelne Bereiche genauer untersuchen und gegenüber einem eher unspezifischen Bedrohungsgefühl durch eine gefährdete Umwelt sowohl die tatsächlich stattgefundenen Veränderungen und Entwicklungen als auch konkrete Umweltprobleme nachzeichnen. Die exemplarische Beschäftigung mit den angeführten Themenstichworten soll die Breite der gesellschaftlichen Aufgaben zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen deutlich machen.

Der Themenbereich Wirtschaftswachstum und Ökologie beschäftigt sich mit marktorientierten Lösungsansätzen und dem Spannungsverhältnis von Ökonomie und Ökologie. Es wird angeregt, die angeführten Stichworte im Rahmen einer exemplarischen Erkundung eines Betriebes der Region mit Öko-Audit zu untersuchen, zu bearbeiten und zu präsentieren.

Im Themenbereich Umweltpolitik soll der Unterricht die Wirkung politischer Entscheidungsprozesse und öffentlicher Meinung sowie die Mobilisierung von Veränderungspotenzialen als Antwort auf als gefährlich eingeschätzte Entwicklungen thematisieren. Hier kann den Jugendlichen klar werden, dass gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen veränderbar und dem politischen Handeln zugänglich sind und dass politisches Engagement sich lohnt. Die Aufgaben und Probleme der internationalen Umweltpolitik, zu wirksamen Vereinbarungen zu kommen, sind am ausgewählten Beispiel in den Unterricht einzubeziehen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben: Themenstichworte:**Wirtschaftswachstum und Ökologie**

Ökologische Nachhaltigkeit; von der Ökologie als „negativem Standortfaktor“ zum marktorientierten Umweltmanagement; soziale und ökologische Effekte und Kosten marktwirtschaftlicher Produktion

**Umweltpolitik:
Problemfelder und Lösungsansätze**

Umweltpolitik zwischen marktwirtschaftlichen Anreizen und staatlichen Auflagen; Aufgaben und Probleme staatlicher Umweltpolitik (exemplarische Untersuchung z. B. aus dem Bereich der Agrarpolitik, der Verkehrspolitik, der Steuer- oder Subventionspolitik), nationale Umweltpolitik und internationale Vereinbarungen (z. B. Klimaschutz)

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Exemplarische Untersuchung im Nahbereich**

Energiebilanz der Schule, Abfallkonzepte Schule/Gemeinde, ökologisches Verkehrskonzept in Schule und Kommune; Erkundung von Betrieben mit Öko-Audit

Quantitative und qualitative ökologische Entwicklungen und Belastungen in unterschiedlichen Bereichen

Industrie und Landwirtschaft; Mobilität und Verkehr; Luft, Wasser, Boden, Klima, Ressourcenverbrauch; Verbraucherverhalten und Ökologie

Zwischen Standortsicherung, Wirtschaftsentwicklung und ökologischen Ansprüchen

Exemplarische Untersuchung von Planungsvorhaben; Interessen, Interessenkonflikte, Verfahren des Interessenausgleichs; Entwicklung eines Fragebogens; Präsentation einer kleinen empirischen Studie

Ökologische Kosten/Ressourcen

Ökologische Kosten-Nutzen-Analysen (Ökobilanzen); „Ökologische Schadensbilanz“

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse, Auswertung und Interpretation ökonomischer/ökologischer Daten und Positionen
 Simulation und Planspiel
 Präsentation von Ergebnissen

Querverweise:

Identitätsfindung: D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, Ku, Mu, G, Rka, Rev, Eth, Phil
Lebensentwürfe: D, Rus, L, GrA, Rka, Eth, Phil, Rev, E
Mensch und Welt: L, GrA, Mu, G, Ek, Rka, Rev, Phil, Phy, D, F, Ita, Rus, Ku
Sozialer Wandel: E, F, Spa, Rus, Ita, L, G, Ek, Spo
Massenmedien und Kultur: D, E, F, Spa, Ita, L, Inf
Zentralisierung – Dezentralisierung: F, Ek, Spa, Rus, L
Stadt: L, GrA, G, Ek, Phil, F, Rus, Ch
Programmierung – Simulation: Inf, M, Ch, Phy
Internet und Hypertext: Inf, Bio
Leistung: Spo
Gesunde Lebensführung: Spo, Eth
Ökonomie vs. Ökologie: D, E, Spa, Ita, L, Ek, Rev, Phil, M, Spo
Klima und Boden: Ch, Ek

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Ökologische Bildung und Umwelterziehung
 Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung
 Erziehung zur Gleichberechtigung
 Kulturelle Praxis
 Friedenserziehung

3.2 Die Qualifikationsphase (Q1 bis Q4)**3.2.1 Q1**

Q1	Politische Strukturen und Prozesse	Std.: GK 36 LK 63
-----------	---	----------------------------------

Begründung:

Politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse müssen sich in einem demokratischen Staat in dem Spannungsverhältnis von Legalität und Legitimität, Wertorientierung und Funktionalität, Partizipation und Effektivität bewähren.

Der Aspekt von Partizipation ist den Jugendlichen unmittelbar evident und wird auch von ihnen eingefordert. Ebenso ist die Bindung politischer Entscheidungen an die Werte setzenden Grundrechte, soweit sie Bürgerrechte gegen Staatseingriffe schützen, unstrittig und den Jugendlichen präsent. Für die politische Bildung bedeutsam ist in diesem Zusammenhang die Einsicht, dass den Grund- und Menschenrechten des Einzelnen die Grundrechte anderer oder auch die Überlebensfähigkeit und Sicherheit des Ganzen („wehrhafte Demokratie“) entgegenstehen können, also eine Abwägung von Grundrechten stattfinden muss. Die so verstandenen Grund- und Menschenrechte beziehen die Verantwortung des Einzelnen für das Ganze und die Toleranz gegenüber den Rechten anderer mit ein.

Der Verfassung selbst innewohnende Spannungsverhältnisse werden oft als Widerspruch zwischen Verfassungsanspruch und -wirklichkeit empfunden, z. B. zwischen Art. 21 GG (Rolle der Parteien, Fraktionszwang) und Art. 38 GG (Unabhängigkeit der Abgeordneten), zwischen Gewaltenteilung und Mehrheitsbildung durch Koalitionen, zwischen Initiativrecht des Bundestages und tatsächlich dominierenden Gesetzesinitiativen der Regierung. Diese Widersprüche brechen bei kontroversen politischen Entscheidungen auf und sind unverzichtbarer Teil einer lebendigen Demokratie, die den Schülerinnen und Schülern im Unterricht nahegebracht wird.

Den Schülerinnen und Schülern vermitteln sich die Fragen der Grundrechte und der Regeln und Institutionen des politischen Systems in erster Linie an konkreten politisch-gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Darstellung der Medien. Politik wird als etwas Aufbereitetes, Punktuelleres, austauschbar Aktuelles erfahren; sie steht in Konkurrenz zu sonstigen Themen in den Medien mit höherem Unterhaltungswert. Der in der Werbung um Wählerstimmen kritische gegenseitige Umgang von Politikern unterschiedlicher Parteien rückt zudem für die Jugendlichen die tatsächlichen Leistungen demokratisch verfasster Politik in den Hintergrund. Die Wertschätzung demokratischer Entscheidungsstrukturen ist aber für ein demokratisches System unabdingbar. Für den Unterricht ergibt sich daraus die Aufgabe, die kritische Betrachtung politischer Entscheidungsprozesse um das Verständnis für funktionale Willensbildungsprozesse zu ergänzen. Die Erarbeitung von Themenstichworten durch die exemplarische Untersuchung eines konkreten Gesetzgebungsvorhabens fördert die selbstständige Informationsbeschaffung und -aufbereitung und die Urteilsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler und vermittelt gleichzeitig Orientierungswissen über die Regeln und Institutionen des politischen Entscheidungsprozesses.

Auf Grund der gesellschaftlichen Veränderungen verlieren langfristige soziale und institutionelle Bindungen, stabile Wertorientierungen und Weltbilder zunehmend an Einfluss zu Gunsten einer individualisierenden und flexibleren Betrachtungsweise. Entsprechend ist die Bereitschaft des Einzelnen rückläufig, sich langfristig in gesellschaftlichen und politischen Organisationen (Parteien, Verbänden) zu binden. Soziales Engagement findet verstärkt in punktuellen Initiativen und in neuen sozialen Bewegungen statt, motiviert durch konkrete, individuelle Betroffenheit. Da gleichzeitig politische Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse langwieriger und undurchschaubarer werden, ist es Aufgabe des Unterrichts, den Bezug zum Leben der Schülerinnen und Schüler herzustellen, latente Problemstellungen aufzuzeigen sowie die institutionellen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten politischen Handelns zu klären.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Verfassungsnorm und Verfassungsrealität****Themenstichworte:**

als Grundlage: Grundprinzipien der Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland ; Art. 1 und Art. 20 GG; Grundrechte und Grundrechtsabwägung (GG, BVerfG); Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung; Parlament und Regierung im konkreten politischen Gesetzgebungsprozess

Partizipation und Repräsentation an ausgewählten Beispielen

Parteien (innerparteiliche Demokratie, Fraktionszwang und freies Mandat, Parteienfinanzierung)

LK: von der Volkspartei zur professionalisierten Wählerpartei

Wahlen (Wahlrecht, Wahlverhalten – Veränderungen, Parteien und Wählerschaft); Pluralismus und politischer Entscheidungsprozess (Verbände, zivilgesellschaftliche Gruppen); weitere Akteure und Formen der politischen Beteiligung (Volksbegehren, Volksabstimmung, Bürgeranhörung)

Medien

Einfluss der Medien auf die politische Willensbildung und die Definition politischer Aufgaben; Demokratisierung, Partizipation und neue Medien; Wandel der Medien; Medien zwischen Markt und gesellschaftspolitischer Aufgabe

Bundesrepublik Deutschland und europäische Integration

Prozess der europäischen Integration; institutionelle Strukturen und Entscheidungsprozesse in der EU (Europäisierung von Entscheidungsprozessen); Frage nach dem Demokratiedefizit in der EU

Politische Theorien (LK verbindlich, GK fakultativ)

Theoretische Grundlegung des modernen Verfassungsstaats, von der Durchsetzung hoheitlicher Staatlichkeit (staatliches Gewaltmonopol) zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat (Gewaltenteilung, Menschenrechte, Volkssouveränität)

Plebiszitäre und repräsentative Demokratie, Pluralismustheorie und -kritik

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Politische Theorien – Vertiefung (LK)**

Staat und Gesellschaft in unterschiedlichen Staatstheorien (z. B. liberale, sozialistische, strukturalistische Ansätze); das Verhältnis von Individuum, Gesellschaft und Staat, Freiheit und Herrschaft in den Theorien ausgewählter Epochen

Medien (LK)

Rolle des Fernsehens, Möglichkeiten des Internets, Probleme der Print-Medien, Konzentration des Medienmarktes; Journalismus, Markt und Moral; Presse und Persönlichkeitsschutz; Medien, Wahrnehmung und Wirklichkeit

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse und Interpretation politischer Informationen
 Kritische Reflektion und Bewertung politischer Positionen
 Moderationsmethoden, Pro-Contra-Debatte
 Selbstständige Anwendung des erlernten Instrumentariums der Analyse und Bewertung auf politische Strukturen und Prozesse
 Theorieanalyse und systematischer Vergleich

Querverweise:	Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):
<p>Demokratie vs. Diktatur: G, Ek, Rka, Rev, D, F (LK), Rus, Ita, L, Ku, E, Spa, GrA (Thema 2)</p> <p>Mensch und Gesellschaft: D, E, F (LK), Spa, Rus, L, Rka, Rev, Phil</p> <p>Der Mensch und sein Handeln: Rev, Rka, Ek, D, L, Eth, G, Phil, F, Ita, GrA (Thema 2)</p> <p>Disparitäten: Ek, Rka, Phil, E, F (GK/Profil E), Spa, Ita</p> <p>Internationale Politik: G, Ek, Rka, L, Spa, D, Mu</p> <p>Sprache der Medien: Ku, L, G, Ek</p> <p>Utopien: F, Rus, L, Phil, GrA (Thema 3)</p> <p>Datenbanken: Inf, G, Ek, Ch, M</p>	<p>Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung</p> <p>Friedenserziehung</p> <p>Erziehung zur Gleichberechtigung</p>

3.2.2 Q2

Q2	Wirtschaft und Wirtschaftspolitik	Std.: GK 36 LK 63
----	-----------------------------------	-------------------------

Begründung:

Schülerinnen und Schüler der gymnasialen Oberstufe betrachten das wirtschaftliche Geschehen vor allem aus der Perspektive von Konsumenten, als interessierte Beobachter auffälliger bzw. spekulativer Transaktionen in Bereichen der Waren- und Geldzirkulation oder unter dem Blickwinkel ihrer Berufswahlentscheidung. Sie haben aus der Sekundarstufe I und aus dem Unterricht der Einführungsphase bereits grundsätzliche Informationen zum Marktmechanismus und zu gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen. Daran anknüpfend geht es in diesem Halbjahrsthema um eine vertiefte Beschäftigung mit der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik sowie den Grundlagen, Chancen und Schwierigkeiten der Steuerung des Wirtschaftsprozesses. Damit sind die Fragen der Selbstregulierung des Marktes, der Sicherung des Wettbewerbs und des sozialen Ausgleichs sowie der Ziele und der Instrumente der Wirtschaftspolitik angesprochen. Die Kontroversen zwischen einer Stärkung der Eigenverantwortung einerseits und staatlicher Lenkung und sozialer Absicherung andererseits können durch die Beobachtung der aktuellen wirtschaftlichen Situation nachvollzogen und beurteilt werden, makroökonomische Zusammenhänge durch ein Planspiel erfahrbar werden. Die unten genannten Stichpunkte geben dabei den Rahmen der Erarbeitung und der systematischen Einordnung an. Alternative wirtschaftspolitische Optionen zur wirtschaftlichen Entwicklung und Gestaltung sollen im Leistungskurs und können im Grundkurs theoretisch fundiert werden. Den Schülerinnen und Schülern wird die Komplexität des Ordnungsmodells der sozialen Marktwirtschaft deutlich und die Notwendigkeit, diese zu überprüfen, zu gestalten und weiterzuentwickeln.

Die Volkswirtschaften und ihre Außenbeziehungen werden zunehmend durch wirtschaftliche Zusammenschlüsse und die Entwicklung integrierter Wirtschaftsräume bestimmt. Entsprechend hat die wirtschaftliche Integration Europas für die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland einen hohen Stellenwert. In die Diskussion über Chancen und Gefahren dieses Prozesses im Zusammenhang mit der nationalstaatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik gehen die wirtschaftlichen und politischen Interessen unterschiedlicher Gruppen und Staaten ein. Dies gilt insbesondere auch für Fragen der Weiterentwicklung des Integrationsprozesses.

Der Unterricht muss die vorgenannten Aspekte berücksichtigen, d. h. die unterschiedlichen Perspektiven aufnehmen, deren Folgen antizipieren und den Schülerinnen und Schülern so eine eigene Urteilsbildung ermöglichen.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Themenstichworte:****Soziale Marktwirtschaft**

Soziale Marktwirtschaft als ordnungspolitisches Leitbild; Funktion und Folgen des Wettbewerbs; Marktpreisbildung; Lenkungsfunktion der Preise; Konzentration in der Wirtschaft; Kartelle und marktbeherrschende Unternehmen; Entstehung und Verwendung des BIP; Kreislauf von Geld- und Warenströmen; Faktoren der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und des gesamtwirtschaftlichen Angebots

Ziele und Zielkonflikte wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handelns am Beispiel

„Magisches Vier-/Sechseck“ zwischen Stabilität, Inflation und Staatsverschuldung, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit; Konjunktur und Konjunkturpolitik; angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik; Tarifautonomie und Lohnpolitik; Verteilungsrechnung des BIP und Einkommensentwicklung; Lohnquote und Gewinnquote

Wirtschaftliche Integration Europas

wirtschaftliche Integration und nationalstaatliche Interessen (exemplarisch anhand der Struktur-, der Wettbewerbs-, der Geld- oder der Sozialpolitik)

LK: Europäischer Binnenmarkt

**Verteilung des Volkseinkommens und Verteilungspolitik
(LK verbindlich, für GK fakultativ)**

Einkommens- und Vermögensverteilung; Problematik von Armutsdefinitionen; Verteilungspolitik: Soziale Gerechtigkeit zwischen Leistungs- und Bedarfsprinzip

Wirtschaftsethik
(LK verbindlich, für GK fakultativ)

Finanzkapital und soziale Verantwortung; Kapitalismus, Gewinnorientierung und Moral

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Konzentration und Wettbewerb

Ursachen und Wirkungen von Konzentration

LK: Marktformen, Kapitalbildung, Kapitalkonzentration und Investitionen, Transnationale Konzerne, Bedeutung der mittelständischen und kleinen Unternehmen

Konjunktur und Konjunkturpolitik

Wirtschaftsbewegungen und konjunkturelle Zyklen
Investitionstätigkeit und Konjunktur, Krisenursachen und Krisenfolgen, angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik, Geld- und Fiskalpolitik

LK: keynesianische und monetaristische Konjunkturtheorie (von Keynes bis Friedman), Mischformen; Wohlfahrtsökonomie und Verteilungsgerechtigkeit

Wirtschaftsethik (LK)

Soziale Gerechtigkeit zwischen Leistungs- und Bedarfsprinzip; Finanzkapital und soziale Verantwortung; Kapitalismus, Gewinnorientierung und Moral

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse, Auswertung und Interpretation ökonomischer Daten, Positionen und theoretischer Modelle
Simulation und Planspiel

Querverweise:

Individuum und Gesellschaft: D, E, F, Ita, Rus, L, GrA, Ku, G, Phil, Rev
Strukturwandel: Ek, Phil, F, Spa, G, GrA
Wirtschaftsprozesse: G, Ek, E, F, M
Modellierung: Inf, Ch

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung
Friedenserziehung

3.2.3 Q3

Q3	Internationale Beziehungen und Globalisierung	Std.: GK 36 LK 63
-----------	--	----------------------------------

Begründung:

Das Thema Globalisierung nimmt Inhalte der Jahrgangsstufe 9G auf und enthält wirtschaftliche, kulturelle, politische und ökologische Aspekte. Der Prozess der Globalisierung bietet Chancen, ist aber auch mit Gefahren verbunden. Dem wachsenden Wohlstand durch Handel, der internationalen Zusammenarbeit von demokratischen Regierungen und NGOs stehen regionale Standortprobleme, Rückwirkungen auf nationale, politische Entscheidungsprozesse und ungleiche Verteilung von Lebenschancen gegenüber. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen werden bestimmt durch zunehmend flexible Kapital- und Warenströme, die wachsende Eigendynamik der Finanzmärkte gegenüber dem Warenhandel und die rapide Entwicklung der Daten- und Kommunikationstechnologien.

Der Unterricht soll die Schülerinnen und Schüler über Hintergründe, Fakten und Daten des Globalisierungsprozesses informieren, unterschiedliche Einschätzungen dieser Entwicklung überprüfen und die Voraussetzungen für eine kompetente Teilnahme an der Diskussion über dieses Thema schaffen.

Trotz aller Entwicklungserfolge im Zuge der Globalisierung bleibt Unterentwicklung als Problem bestehen. Angesichts der gegenwärtig wirtschaftlich dominierenden Weltzentren – die USA mit der nordamerikanischen Freihandelszone, die EU in Verbindung mit assoziierten Gebieten und beitrittswilligen Staaten sowie die Volksrepublik China, Indien und Japan – sollen differierende Entwicklungsbedingungen weniger entwickelter Länder und Regionen untersucht und daraus erwachsende Konfliktpotenziale sowie Lösungsvorschläge erarbeitet und eingeschätzt werden.

Nach 1989 versagen die bekannten Interpretationsmuster und Handlungskonzeptionen der bipolaren Weltordnung. Daher sollen die Schülerinnen und Schüler exemplarisch ausgehend von aktuell-relevanten Konfliktpotenzialen und Ansätzen zur Friedenssicherung die multipolaren Strukturen internationaler Zusammenarbeit erarbeiten. Auseinandersetzungen sollen auf die jeweiligen innerstaatlichen, regionalen bzw. globalen Ursachen und Gefahrenpotenziale hin analysiert und die Rolle der NATO, der Vereinten Nationen oder der OSZE in dem Konflikt und die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten thematisiert werden.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht sich nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes in der Außenpolitik der neuen Aufgabe gegenüber, die alten Westbindungen zu erhalten und die engen wirtschaftlichen Beziehungen außenpolitisch abzusichern sowie gleichzeitig die Öffnung zu den Ländern Osteuropas zu vertiefen. Bei der Übernahme von Aufträgen der Bundeswehr im Rahmen internationaler Friedenssicherung müssen die Konsequenzen für die außenpolitische Rolle Deutschlands und für die Funktion der Bundeswehr reflektiert werden.

Verbindliche Unterrichtsinhalte/Aufgaben:**Themenstichworte:****Weltwirtschaft und Globalisierung**

Weltmarkt und Welthandel zwischen Liberalisierung der Märkte und globaler Ordnungspolitik; transnationale Konzerne, Standortfaktoren und Veränderungen der internationalen Arbeitsteilung, internationale Finanzströme und Verschuldung

Entwicklungs- und Schwellenländer und ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu den hochindustrialisierten Weltzentren

Ursachen und Folgen der ungleichzeitigen Entwicklung; Faktoren von Unterentwicklung (endogene und exogene Faktoren); Rolle internationaler Institutionen (z. B. Weltbank, Welthandelskonferenz, G 7- bzw. G 8-Treffen, NGO); Konzeptionen und Vereinbarungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung

Aktuelle internationale Konfliktregionen und die Möglichkeiten kollektiver Friedenssicherung

Interessen, Entstehungsgründe, Konfliktpunkte (Sicherung von Menschenrechten, Terrorismus, Friedenssicherung durch Vereinbarungen und Verträge, Einfluss-sphären); Entscheidungsprozesse in internationalen Organisationen (UNO, NATO oder OSZE); USA und EU;

Friedensbegriff und Konzeptionen der Friedenssicherung

LK: Theorie der internationalen Beziehungen

**Die deutsche Außenpolitik:
Aufgaben, Erwartungen, Probleme**

Die sicherheitspolitische Lage Deutschlands;
Bundeswehreinätze in Konfliktregionen; Gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik

Internationales Recht (LK)

Internationale Gerichts- und Schiedsgerichtsbarkeit;
Souveränität und Völkerrecht; Selbstbestimmungsrecht der Völker

Fakultative Unterrichtsinhalte/Aufgaben:

Industrieländer – Entwicklungsländer

Entwicklungspotenziale, Entwicklungsstrategien; Entwicklung – Entwicklungspolitik; Entwicklungsländer in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen; Struktur internationaler Arbeitsteilung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse und Interpretation internationaler Zusammenhänge
Kritische Reflexion und Bewertung politischer Positionen und Transformationsprozesse
Adressaten- und fachbezogene Präsentation der Sachverhalten und Ergebnisse
Konfliktanalyse, Medienanalyse, Konfliktsimulation

Querverweise:

Weltentwürfe: D, E, F, Spa, Rus, Ita, L, GrA, Ku, Mu, G, Ek, Rka, Eth, Phil, Phy, Rev
Globalisierung: G, Ek, Rka, Rev, E, Spa, Rus, Phy, Ch, Eth
Entwicklungsländer: E, F, Spa, Ek
Krieg und Frieden: G, E, Eth, Phil, D, E, F, Rus, L, Mu, Spa, Ch

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung
Friedenserziehung
Rechtserziehung
Kulturelle Praxis

3.2.4 Q4

Q4	Aspekte der Globalisierung – Chancen, Probleme, Perspektiven	Std.: GK 24 LK 43
-----------	---	----------------------------------

Begründung:

Für das Kurshalbjahr Q4 stehen fünf Themen zur Auswahl, von denen mindestens zwei im Unterricht zu behandeln sind. Welche Schwerpunkte gesetzt werden, entscheidet die jeweilige Lehrkraft im Rahmen der Vorgaben der Fachkonferenz.

Die vermeintliche Überlegenheit westlicher Industrieländer verschärft die Wahrnehmung von kulturellen Differenzen, wenn unterschiedliche Kulturen nicht als gleichberechtigt empfunden werden. Nationalistische und fundamentalistische Bewegungen beziehen daraus zum Teil ihre Wirksamkeit. Ursachen, Wirkungen und die Gefahr dieser Tendenzen für den Weltfrieden werden in diesem Themenbereich untersucht.

Wichtiger Aspekt einer kritischen Einschätzung von Globalisierung ist das Verhältnis von Globalisierung und Sozialstaat, um das es im zweiten thematischen Kernbereich geht. In den Industrieländern wird in diesem Zusammenhang die Reichweite sozialer Sicherungssysteme neu diskutiert. In den Entwicklungsländern charakterisieren dagegen Entbehrungen, Menschenrechtsverletzungen und sozialer Ausschluss die reale Lebenssituation großer Teile der Bevölkerung. Immer mehr Menschen in den Entwicklungsländern sehen daher keine andere Möglichkeit, als ihre Heimat zu verlassen.

Trotz positiver Trends in der Weltumweltpolitik bleiben Widersprüche in der ökologischen Ordnungspolitik ungelöst, da die derzeit geltenden internationalen Verhaltensstandards meist unter dem liegen, was Experten zur Abwendung der Umweltkrise für notwendig halten. Die Pluralisierung der Welt-Umweltpolitik durch Wirtschaftskonzerne, Umweltverbände und Wissenschaft hat positive Aspekte, beinhaltet aber auch die Gefahr, dass eine Einigung über globale Strategien erschwert wird.

Diskutiert werden im Zusammenhang der Globalisierung die Möglichkeiten und Grenzen nationalstaatlicher Politik und demokratischer Entscheidungsprozesse sowie die Reichweite globaler ordnungspolitischer Instrumente und Regelungen. Dabei unterscheiden sich die Standpunkte je nach politischen Gruppeninteressen oder nationalen Interessen von Staaten.

Verbindliche Unterrichtsinhalte (zwei von fünf)/Aufgaben:**Themenstichworte:****Nationalismus und Fundamentalismus:
Ursachen, Gefahren für den Frieden und die Menschenrechte**

Ursachen, Problemfelder, Strategien; kulturelle Differenzen und politische Intoleranz, politischer und religiöser Fundamentalismus und Menschenrechte

Soziale Sicherungssysteme, Migration und deren Ursachen

Soziale Sicherung und Sozialpolitik in Industrie- und Entwicklungsländern; Diskussion einer ‚Weltsozialordnung‘; Emigration, Migration, Integration; globale Strategien zur Armutsbekämpfung

Weltumweltpolitik

Akteure der Umweltpolitik; nationale Interessen und globale Umweltvereinbarungen; Nord-Süd-Ausgleich; Umweltschäden/Umweltkonflikte: Prävention, Nachhaltigkeit und Krisenmanagement

Politik im Zeitalter der Globalisierung

Verhältnis von Politik und Ökonomie: Chancen und Grenzen politischer Beteiligung und Entscheidung, „global governance“, staatliche Ziele und Unternehmensziele

Kultur und Wissen

Nationale Identitäten, interkultureller Dialog und globale Wertesysteme; Frauen- und Geschlechterpolitik; Medien und Wissensgesellschaft zwischen freier Nutzung, politischer Steuerung und globaler Kommerzialisierung

Arbeitsmethoden der Schülerinnen und Schüler/Hinweise und Erläuterungen:

Analyse und Interpretation globaler Zusammenhänge
 Kritische Reflexion und Bewertung von politischen Positionen und Transformationsprozessen
 Adressaten- und fachbezogene Präsentation der Sachverhalte und Ergebnisse (z. B. Szenarien und Zukunftswerkstatt, Moderationsmethode und Debatten, kreatives Schreiben)
 Besonderes Gewicht ist auf die eigenständige Planung und Durchführung der verschiedenen Formen der Teamarbeit zu legen.
 Darstellung und Argumentation im Gespräch

Querverweise:

Welt- und Menschenbilder: G, Ek, Rka, Rev, Eth, Phil, Bio, Phy, Inf, E, F, Spa, Mu, Ku, GrA
Nationale Identität und regionales Bewusstsein: E, F, Ita, L, Ek, Phil, G, Rev, Spa, Rus
Nationalismus, Vertreibung, Exil: G, Rus, L
Pazifischer Raum: Ek, E
Migration: G
Sozialstaat: E, F, Spa, G, Ek, Rka, Rev
Mensch und Kosmos: Phy, Rka, Eth, L
19. und 20. Jahrhundert: G, Rev, Phy

Berücksichtigung von Aufgabengebieten (§6 Abs. 4 HSchG):

Informations- und kommunikationstechnische Grundbildung und Medienerziehung
 Friedenserziehung
 Rechtserziehung
 Kulturelle Praxis

4. Abschlussprofil am Ende der Qualifikationsphase

Dieses Profil beinhaltet die in der Einführungsphase (E1 und E2) und in der Qualifikationsphase (Q1 bis Q4) erworbenen Kenntnisse und Qualifikationen.

Grundkurse/Leistungskurse

Sachkompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler sollen über grundlegende Kenntnisse verfügen in den Bereichen und Problemfeldern von

- Ökologie (ökologische Kosten, Umweltpolitik),
- Ökonomie (soziale Marktwirtschaft und ökologische Anforderungen, Entwicklungstendenzen und Steuerung des Wirtschaftsprozesses, Instrumente der Wirtschaftspolitik und ihre Wirkung, internationale Wirtschaftsbeziehungen),
- Soziologie (Sozialstruktur, Entwicklung von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft),
- Politikwissenschaft (Verfassungsnorm und Verfassungsrealität in der Bundesrepublik, Partizipation und Repräsentation, Bedeutung der Medien, Bundesrepublik und europäische Integration),
- Internationale Beziehungen (Mittel und Ziele der Sicherheits- und Friedenspolitik, Entwicklungen und Krisen im Verhältnis der hochentwickelten Industriezentren zur Dritten Welt),
- Globalisierung.

Sie können **komplexe** Sachverhalte, Ereignisse, Probleme aus Politik, Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft **und Recht** mit diesen Kenntnissen analysieren, entwickeln auch auf dem Hintergrund theoretischer Ansätze ein Grundverständnis und Deutungswissen von politischen Systemen, **ökologischen Problemfeldern**, der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Rechtsordnung sowie ihrer internationalen Verflechtungen. Sie verfügen über die Fähigkeit

- Informationen strukturiert wiederzugeben,
- Sachverhalte auf übergreifende Zusammenhänge zurückzuführen, unterschiedliche Interessen und Positionen zu analysieren, zu problematisieren, **nach dahinter stehenden theoretischen Konzeptionen zu fragen sowie die intendierten Lösungsansätze** und Konsequenzen für die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und die gesamtgesellschaftliche Entwicklung einzuschätzen,
- in der Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen und Kontroversen Bezüge zu strukturellen Problemen zu erschließen.

Methodenkompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler sollen fachliche Themen mit unterschiedlichen Methoden bearbeiten und das eigene politische Weiterlernen organisieren können. Sie sollen in der Lage sein,

- zu wirtschaftlichen, rechtlichen, gesellschaftlichen und politischen Fragen Material zu sichten, dessen Aussagefähigkeit einzuschätzen, es sachgerecht aufzubereiten, zu gliedern und angemessen darzustellen,
- eine differenzierte Stellungnahme zum angesprochenen Problem argumentativ zu entwickeln,
- Darstellungsformen und Arbeitstechniken zu kennen, fachspezifisch angemessen anzuwenden und deren Tragfähigkeit zu überprüfen,
- moderne Präsentationstechniken zu nutzen,
- **selbstständig** erarbeitete Projekte zu präsentieren und die Ergebnisse in einem Kolloquium zu vertreten.

Urteilskompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler können Kontroversen, Probleme, Lösungen **analysieren**, sachlich überprüfen und **einschätzen** (Sachurteil). **Werturteile politischer Positionen können sie erkennen; sie sind sich** der eigenen Wertung bewusst und **berücksichtigen bei ihrem Urteil nicht nur die eigenen Interessen, sondern auch das allgemeine Wohl** (Werturteil). Sie besitzen ein fachlich angemessenes Deutungswissen **in folgenden Bereichen:**

- Sozialstruktur und Regierungssystem der Bundesrepublik
- Ökologie und Marktwirtschaft

- Internationale Beziehungen
- Globalisierung

Handlungskompetenz:

Die Schülerinnen und Schüler sollen an Beispielen Möglichkeiten und Reichweite politischen und ökonomischen Handelns belegen können. Sie sollen in der Lage sein,

- sich ein **eigenes** Urteil zu bilden und es in der Auseinandersetzung mit anderen Positionen sachlich begründet argumentativ zu vertreten,
- Perspektivenwechsel zu vollziehen und eine andere als die eigene Meinung zu vertreten,
- in Konfliktsituationen nach Verständigung zu suchen und entsprechend zu handeln,
- die eigene Position in angemessener Form öffentlich zu vertreten **und auf theoretische Ansätze zurückzuführen.**